

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 176 · 15. JAHRGANG · AUSGABE 9/2009 VOM 28. AUGUST 2009 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

- 4 | **Salz in der »Kartoffelsuppe für Politiker«**
Wahlkampf in der Suppenküche
- 8 | **»Es müssen nicht zwangsläufig Strohänner sein«**
50Plus und ihre »Freien Wähler«
- 12 | **1939: Als der große Krieg geboren wurde**
Teil 1: Der Vorkrieg

Eberswalder CDU-Stadtfractionschef Hans-Joachim Blumenkamp:

»Armut gibt es auch in anderen Stadtteilen«

Eberswalde (bbp). Ungewöhnlich heftig reagierte der Fraktionsvorsitzende der CDU in der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde Hans-Joachim Blumenkamp über Presseberichte im Zusammenhang mit dem von Ortsvorsteher Carsten Zinn weiterverbreiteten Brief von Hartwin Schulz zur sozialen Situation im Brandenburgischen Viertel (vgl. BBP 8/2009).

»Das soziale und sozialpolitische Engagement von den beiden Herren Carsten Zinn und Hartwin Schulz wird vielfach geschätzt«, schreibt Blumenkamp in einem auf der CDU-Website veröffentlichten Leserbrief an die lokale Tageszeitung. »Deren Wamrufe, ohne einen konstruktiven Lösungsansatz (das Sofortprogramm, in der BBP 8/2009 veröffentlicht, war dem CDU-Fraktionsvorsitzenden offenbar entgangen – bbp), könnten jedoch dem sozialen Anliegen mehr schaden als hilfreich sein. Die Titulierung des Brandenburgischen Viertels als Ort einer sozialen Katastrophe, ist ein Schlag ins Gesicht all derer, die dem Viertel Jahrzehnte die Treue gehalten haben und nicht in sanierte Altbauwohnungen in anderen Stadtquartieren gezogen sind; die sich ganz bewusst für die gewachsenen Sozialstrukturen im Viertel engagieren. Viele Bewohner, insbesondere Rentner, die gerne im Viertel wohnen, werden durch so eine einseitige Bewertung des Viertels weiter verunsichert.« Neben negativen Tendenzen dürfe nicht vergessen werden, »daß neue Sozialeinrichtungen wie Altersheime, Bürgerzentrum etc. modern ausgestattet entstanden sind. Viele im Viertel können dadurch dort alt werden und die angestammten Sozialkontakte bleiben erhalten. Im Brandenburgischen Viertel ist pro Kopf-Bewohner mehr von dem Bund, dem Land und der Stadt investiert worden ist als in jedem anderen Viertel in Eberswalde. Auch Private Investoren haben viel Geld im Viertel investiert.«

Im folgenden geht Blumenkamp auf Dinge ein, die im Schulz-Brief gar nicht erwähnt wurden. So konstatiert der CDU-Fraktionschef einen

»Generationskonflikt im Viertel, wie beispielsweise an der Skater-Anlage«, den es auch anderenorts gäbe, wo eine solche Anlage nahe an Wohnbebauung errichtet würde, ohne weiter auf diesen offensichtlichen Planungsfehler einzugehen. »Die Präsenz von arbeitslosen Männern im Erwerbsalter vor Trinkhallen und Grünanlagen«, so der CDU-Politiker weiter, »macht natürlich deutlich, daß im Viertel auch Leute wohnen, die Betreuung und Unterstützung brauchen. Die Präsenz vom Emigranten stellt für sich noch keine soziale Katastrophe dar, sondern ist Herausforderung für ein Integration schaffendes Miteinander.«

Preisgünstiger Wohnraum im Viertel sei attraktiv für HARTZ-IV Empfänger und Emigranten. Daraus schlußfolgert Blumenkamp, daß »eine von Zinn und Schulz beobachtete und beklagte 'Konzentration' im Viertel« nur durch weiteren Rückbau von unsanierten Wohnbauten zu verhindern sei. Dies könne aber »nicht gewollt sein«. Fälle von Trunkenheit, von sozialer Verwahrlosung, von fehlender Integration und von offensichtlicher Armut, gebe es auch in anderen Stadtteilen. Dies stelle eine »Herausforderung für ganz Eberswalde« dar. Auf die bundespolitische Verantwortung seiner Partei für diese Situation ging der Eberswalder CDU-Fraktionsvorsitzende nicht ein.

»Das Viertel insgesamt schlecht zu reden, die guten, anständigen, ehrlichen und strebsamen Menschen des Viertels zu vergessen, schadet dem Anliegen und schadet dem Viertel«, schließt Blumenkamp seinen Brief.



Etliche Millionen Euro sind seit 1990 im Brandenburgischen Viertel investiert worden. Nicht nur für den als »Rückbau« beschönigten Abriß von Wohnhäusern und Schulen, von dem die Eberswalder FDP, im Unterschied zum CDU-Fraktionschef Blumenkamp, in Woweritschem Sinne meint, das sei auch gut so (Seite 5), sondern zum Beispiel auch für die Anlage des »Märkischen Parks« (Foto). An der schönen Fassade kann man sich ergötzen. Doch hinter der schönen Fassade lugt die häßliche Fratze der Armut hervor. Wer darauf hinweist, kann keine Dankbarkeit erwarten. Schließlich könnte es sein, daß die runtergerissene Maske die Menschen zum tieferen Nachdenken über die Ursachen der Misere anregt.

Im Osten nichts Neues

Sie, liebe Leserin und lieber Leser, erinnern sich sicher noch an den Ralf. Ralf ist der alte und neue Landrat im Herzogtum Sachsen-Meinigen und auch Vorstand vom Kreiskrankenhaus.

Eigentlich wollte Ralf nach 18 Jahren aufopferungsvoller Arbeit an der Spitze der Verwaltung in Rente gehen und in Ruhe Karten spielen. Aber seine Parteikameraden haben ihn zur erneuten Kandidatur gedrängt. Wie zu erwarten haben ihn die Rhönmulis und Löffelschnitzer gewählt. Es gab ja auch keinen wirklichen Gegenkandidaten. Deshalb war auch kein Wahlkampf erforderlich. Ralf ist wie immer einfach von Geburtstag zu Geburtstag gezogen und hat mit den Leuten ein Bier getrunken. Hier hat er eine Straße eingeweiht und dort ein paar alte Leute an seine Brust gedrückt. Was man halt so macht als Landrat. Parolen und Programme wollte keiner hören.

Landrat Ralf wird die 26 Jahre bestimmt durchhalten. Dann ist er länger im Amt als Kohl und Honecker.

Natürlich hat das viele Biertrinken geschlaucht. Ralf muß zukünftig aufpassen, daß er nicht zum Alkoholiker wird und Zeit zum Kartenspielen findet. Auch hat der eine oder andere alte Mensch komisch gerochen. Aber eigentlich ist der Job ganz angenehm und auch gut bezahlt. Auf jeden Fall wird Ralf so weiter machen wie bisher und nichts ändern.

Da haben es die Abgeordneten für den Landtag und die Kandidaten für den Ministerpräsidenten nicht so einfach. Die müssen ihre Bilder wie die Sträflinge an die Laternenmasten hängen, Fähnchen verteilen und Sprüche klopfen. Das liegt daran, daß die kaum einer zu Geburtstagen einladen kann, weil ihre Bodyguards so viel saufen. Da müssen sie eben hängen und Tag für Tag die Leute angrinsen.

An den einen Masten hängt der Thüringer, der will Ministerpräsident werden. Ganz oft haben sie den Staketenmann aufgehängt, der die Außenpolitik des Herzogtums übernehmen will. Besonders nett grinst der Generalsekretär, weil er nur für die Omas da sein möchte. Die eine hängt ihre faltigen Brüste raus und noch eine zeigt den Hintern vor. Jens hängt mit Schlips und Kragen am Baum. Und dann hängt da noch ein Hai. Ob der auch in den Landtag kann?

Auf den großen Plakaten haben sie die beiden Kleinen geklebt. Die sehen auch ganz gut aus und wollen Kanzler werden. Aber auch die läßt keiner ein. Das kommt, weil sie immer recht haben. Deshalb können sie nicht einfach mit ein paar Menschen Bier trinken, Straßen einweihen und alte Herrschaften an die Brust drücken und werden auf Pappe geklebt.

Sie sehen, eigentlich gibt es nichts neues zu berichten. Auch in den nächsten Jahren bleibt im schönen Herzogtum Sachsen-Meinigen alles beim alten.

Dr. MANFRED PFAFF

Mit der Kaffeetafel gegen Nazis

Eberswalder Zivilgesellschaft organisiert Aktio gegen DVU-Wahlkampfveranstaltung

Am 23. August hatten sich einige Mitglieder der Deutschen Volksunion (DVU) und deren Sympathisanten im Park am Weidendamm zu einer kleinen Wahlkampfveranstaltung zusammengefunden. Einige der Gäste im nahe gelegenen Cafe wunderten sich: »Was erzählen die denn für einen Quatsch?«

Auf der anderen Seite des Parks wurde eine Kaffeetafel aufgestellt und die Eberswalder Bürger waren zu Kaffee und Kuchen eingeladen. Mit von der Partie waren unter anderem



der Landesvorsitzende und Landtagskandidat der Grünen Axel Vogel, der SPD-Landtagskandidat Daniel Kurth sowie die Bundestagskandidatin der Linken Sabine Stüber. Daß sich die Wahlkämpfer Zeit nahmen und sich gemeinsam den Fragen der Bürger stellten, um ihnen sinnvollere Antworten zu geben als die dumpfen Parolen von der anderen Seite, ist sicher ein wichtiges Zeichen.

Allerdings muß auch gesagt werden, daß die Deutsche Volksunion zum ersten Mal eine derartige Veranstaltung in Eberswalde abhielt, zu dem eine der aufwendigsten dieser Art.

Zurückführen läßt sich dies sicherlich auf die Aktivitäten von DVU-Mitgliedern in Finowfurt. Da aber Widerstand von Seiten der Gemeindeverwaltung Schorfheide unerwünscht ist, können die Rechten hier schalten und walten wie sie wollen. Dann ist es kein Wunder, wenn Eberswalde und Umgebung noch öfter von der Deutschen Volksunion für ungestörte Wahlkampfveranstaltungen aufgesucht wird.

FLORIAN GÖRNER

Wahlkampf mit DDR-Geld

Eberswalde (bbp). Daniel Kurth, Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Eberswalde und Landtagskandidat im Wahlkreis Eberswalde/Schorfheide/Joachimsthal, freut sich. Unter der Überschrift »Politik für unsere kleinen Bürger – Fördermittel für das Brandenburgische Viertel« informierte er am 17. August in einer Pressemitteilung über einen Fördermittelbescheid des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport in Höhe von 17.671 Euro, den die Stadt Eberswalde Mitte August für den Ausbau des Spielplatzes in der Lausitzer Straße erhalten hat. Zwei Tagen später meldete sich Kurth erneut zu Wort. Diesmal sind es 18.808 Euro, mit denen der Spielplatz im »Märkischen Park« ausgebaut werden soll.

Das Geld für beide Maßnahmen stammt aus dem ehemaligen Vermögen der Parteien und Massenorganisationen der DDR. Das erfuhr Daniel Kurth von seinem Parteikollegen, dem Bildungsminister Holger Rupperecht. Auf Antrag der SPD-Landtagsfraktion fließen 4,5 Millionen Euro von insgesamt 22,4 Millionen Euro, die aus diesem Vermögen auf Brandenburg entfallen sind, in ein Förderprogramm zur Sanierung und zum Ausbau von Kinderspielplätzen. Damit können, sagte der Minister seinem Eberswalder Parteifreund »bis zu 40 Vorhaben im ganzen Land realisiert werden«. Das sind

durchschnittlich 112.500 Euro pro Vorhaben.

Daniel Kurth freut sich insbesondere, daß bei der großen Nachfrage aus dem gesamten Land, den Anträgen der Stadt Eberswalde auf Förderung entsprochen wurde.

„Andere Parteien, wie die FDP oder CDU«, so Kurth, »sind der Auffassung, daß bereits ausreichend Fördermittel in das Brandenburgische Viertel geflossen sind. Ich sehe jedoch die aktuellen Förderzusagen als ein sehr wichtiges Signal in der jetzigen Diskussion über die Situation der Lebensverhältnisse im Viertel. Gut ausgebaute Spielplätze können soziale Schwierigkeiten nicht lindern. Sie verbessern jedoch das Wohnumfeld und die Lebensqualität der im Viertel lebenden Kinder und Eltern. Als Vater zweier junger Spielplatzbesucher, der selbst im Viertel seine Kindheit verbracht hat, ist mir das besonders bewußt.“

**DIE LINKE.Eberswalde ... lädt alle ein ...
zum „Roten Sommer 2009“**

am Sonnabend, den 19. September am 11 Uhr
im Park am Weidendamm

Geboten wird kulturelle Vielfalt, Musik, Show, Kinderattraktionen, Kremser, Info, Gespräche und mehr... Essen & Trinken für je 1 Euro. Mit dabei sind: Sabine Stüber (Kandidatin für den Bundestag), Margitta Mächtig, Ralf Christoffers und Dr. Michael Luthardt (KandidatInnen für den Landtag Brandenburg).

Stadtvorstand DIE LINKE.Eberswalde

»WENN WIR DAS BANKENSYSTEM STÜTZEN, STÜTZEN WIR AUCH DIE OMA, DIE SICH AKTIEN GEKAUFT HAT.«

DANIEL KURTH, Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Eberswalde und Landtagskandidat im Wahlkreis Eberswalde, Schorfheide, Joachimsthal (MOZ 22./23.08.2009)

Die Bedrohung aus dem Osten

Der Zusammenbruch der westlichen Volkswirtschaften, dessen Ende bislang nicht absehbar sei, könne den Aufstieg Chinas sowie den Abstieg des langjährigen Hauptverbündeten der Bundesrepublik, der Vereinigten Staaten, dramatisch beschleunigen. Diese Thesen aus einer vertraulichen BND-Studie sind im sechzigsten Jahr nach dem deutschen Überfall auf Polen auszugsweise an die Presse lanciert worden. Dabei geht die BND-Studie von drei verschiedenen Szenarien aus. [1]

Eine »Beruhigung der Lage an den Märkten« und eine »Rückkehr des Vertrauens in die Weltwirtschaft« wird für unwahrscheinlich gehalten. Aber auch dieses »Szenario eins« werde »am steten Aufstieg Chinas nichts ändern«. Steigende Rohstoffpreise infolge weiteren Aufschwungs würden bedeutenden Rohstoffexporteuren wie Rußland, den arabischen Staaten, Iran und Venezuela erweiterte politische Spielräume verschaffen. »Mit allen Vor- und Nachteilen«, wie es in dem Papier heißt. Vor allem Venezuela und Rußland könnten dies nutzen, um »politisch selbstbewußter aufzutreten«, warnt der BND.

Das zweite Szenario läuft unter der Bezeichnung »China-Szenario«. Das Platzen weiterer Finanzblasen könnte die Wirtschaft noch weiter in den Abgrund reißen. Gelingt es China, seine technologische Aufholjagd trotz der Zusammenbrüche im Westen fortzusetzen, dann werde es »sehr schnell in Asien zur dominierenden Macht aufsteigen«. Zugleich müßten die USA »ihren Aktionsradius schon aus Kostengründen schneller als geplant einschränken«. Entscheidend für den Westen sei die Haltung Rußlands in dieser Entwicklung.

Ein drittes Szenario geht von einer »lang anhaltenden globalen Krise« aus, die zu einer weitreichenden Renationalisierung der Weltwirtschaft führe. Der Rückgang des globalen Handels könne in China und in den Rohstoffländern zu »politischer Instabilität« führen. »Massenarbeitslosigkeit und Wanderungsbewegungen in einem bisher unbekanntem Ausmaß« sowie stark eskalierenden Nationalismus und schwerste internationale Spannungen stellt der BND in diesem Falle in Aussicht. China und Rußland könnten dazu übergehen, »mit nationalistischen Tönen« innere »Aggressionen nach außen zu lenken«, eventuell sogar gegenüber dem Westen. »Es gehört wenig Fantasie dazu, sich die daraus folgenden Konflikte etwa mit den USA auszumalen«, heißt es über das Weltkriegspotential von »Szenario drei«. Die künftige globale Konfliktkonstellation hänge maßgeblich davon ab, ob es gelinge, Rußland an den Westen zu binden, oder ob das Land zum chinesischen Gegner überlaufe. [2]

Offenbar können die strategischen Vordenker der Bundesregierung nur in Kategorien gewalttätiger Konfrontation denken. Schon im

Vorjahr hatte ein »Handlungskatalog« der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) für das deutsche Bundeskanzleramt eine »drohende bewaffnete Auseinandersetzung« mit Rußland und China vorausgesehen. Dabei war auch die Gefahr von »innen« durch eine »breit angelegte Bürgerinitiative« diskutiert worden. [3]

Ausgeblendet bleiben bei der Betrachtung des BRD-Auslandsgeheimdienstes mögliche innenpolitische Krisentendenzen, einschließlich eines zunehmenden Nationalismus, sowie die seit 1990 rapide gewachsenen Großmachtambitionen und das damit verbundene Aggressionspotential des deutschen Staates selbst. Die aufgezeigten Bedrohungsszenarien dienen letztlich auch der Bemäntelung eigener Expansionsgelüste.

G.M.

[1] German-Foreign-Policy, 19.6.2009

[2] Andreas Rinke: Metamorphose der Geopolitik; Internationale Politik, Juni 2009

[3] German-Foreign-Policy, 28.8.2008

Stadtführung am 29. August 2009:

Eberswalde und das Militär

Wir hören von einem in früher Zeit bestehenden slawischen Burgwall. Mit der deutschen Besiedlung gab es wohl ein »festes Haus« bis zum Sieg des askanischen Markgrafen Otto II. über ein dänisch-pommersches Heer an der nahen Finowmündung in die Oder. Zur Sicherung des Landes entstand dann die Eberswalder Burg.

Zur Sicherheit der Bürger wurde aber bald eine Bürgerwehr gegründet, die durch Stadtmauer, Stadt- und Landesheer geschützt, gegen Raubritter und einfallende Magdeburger, Polen und Litauer bestehen konnte, wie die Schlacht am Vivatsberg (Macherslust) zeigte. Eberswalde war oft ein Ort für Friedensschlüsse. Der Aufbau zur Garnisonsstadt konnte im 30jährigen Krieg die fast völlige Zerstörung Eberswaldes durch Wallensteins und Gustav-Adolfs Söldner nicht verhindern, obwohl wir von einigen mutigen Eberswaldern hören werden.

Die »Franzosenzeit« nach der Niederlage Preußens gegen Napoleons bringt durch die Bürgerwehr und Volkssturm letztlich unter großen Opfern – »Gold gab ich für Eisen« – die Befreiung und Modernisierung des Militärs, aber auch Freiheiten für unsere Bürger, die während der Märzrevolution 1848 durch unsere Bürgerwehr geschützt wurde.

Die Traditionen des Reitenden Feldjäger-Corps sind eng mit Eberswalde verbunden. An die »Deutschen Kriege« 1864 und 1866 sowie den Französisch-Deutschen Krieg von 1870/71 mit den einheimischen Gefallenen erinnern Denkmäler. Wer kann sich schon vorstellen, daß Eberswalde in Bezug zu Kolonialkriegen und zur Aufrüstung der Marine hat? Neben der Not und den Opfern des 1. Weltkrieges erinnern an die Gefallenen Denkmale und Ehrenfriedhöfe in allen Eberswalder Ortsteilen, als Hinterland waren wir vor allem eingespannt für die Versorgung der Verwundeten und die Kriegsproduktion. Die Nichtbewältigung der Weltwirtschaftskrise durch die Weimarer Republikzeit, als Grundlage der Machtergreifung Hitlers, war eine Ursache des 2. Weltkrieges, die mit Wiedereinführung der Wehrpflicht, den Bau der Eberswalder Schützenkaserne und der Artilleriekaserne begann und dessen Ende wir noch heute an den Lücken in der Innenstadt sehen können. Die Übernahme der Militäranlagen durch die Sowjetarmee erfolgte nahtlos und wurde im Laufe des »kalten Krieges« ständig ausgebaut. Die Garnison Eberswalde mit Armeestäben, Flugplatz und Versorgungseinrichtungen war ein Zentrum des Verteidigungsringes um Berlin.

Nicht jeder weiß, daß ab August 1952 die Hauptverwaltung der »Organisationsdienst für Deutschland« in Eberswalde ihren Sitz hatte, die später weitgehend in der kasernierten Volkspolizei aufging, die wiederum den Grundstock der Nationalen Volksarmee bildete, die Eberswalder Standorte hatten, allerdings hauptsächlich Versorgungscharakter, wie das Wehrkreiskommando. Die Wiedervereinigung hat Eberswalde weitgehend »entmilitarisiert«, wenn man von Reservistenkollektiven, Neugründung von Schützenvereinen und der nun zulässigen Ausschilderung von Kriegsgräberstätten absieht.

Als Fazit stellt sich die Frage: War und ist Militär notwendig?

VOLKHARD KÖPPE

Die Samstagsführungen (jeden letzten Samstag von März bis Oktober) bieten die Gelegenheit, Eberswalde besser kennenzulernen. Volkhard Köppe erzählt am 29.08.09 über »Eberswalde und das Militär« und führt an entsprechende Orte.

Die Stadtführung beginnt um 10.30 Uhr, Treffpunkt ist die Tourist-Information im Museum in der Adler-Apotheke. 2,50 Euro pro Person.

Vorschau September: Radführung zum Thema »Industriekultur am Finowkanal« mit Marga Glapiak.

Salz in der »Kartoffelsuppe für Politiker«

Am 18. August beobachtete die lokale Tageszeitung die Brandenburger SPD-Spitze in persona ihres Landtagsfraktionsvorsitzenden Günter Baaske bei einem Besuch in der Eberswalder Suppenküche (»Sommertour mit Kartoffelsuppe für Politiker«, MOZ, 19.09.2009). Mit dabei war der Eberswalder SPD-Kandidat Daniel Kurth und Landrat Bodo Ihrke (SPD). Begrüßt wurden die SPD-Politiker von ihrem Parteifreund, dem Vorsitzenden des Trägervereins Christoph Schulz. Hierzu erreichte die »Barnimer Bürgerpost« folgende Zuschrift von CARSTEN ZINN:

Ein wenig erstaunt bin ich, daß die Eberswalder Suppenküche offenbar für Wahlkampfzwecke der hiesigen SPD mißbraucht wird. Im Dezember 2008 sah sich der Stadtverband DIE LINKE aufgrund der damals beabsichtigten medial wirksamen Übergabe einer Spende für die Suppenküche aus Verkaufserlösen aus Kuchenbasaren in der Vorweihnachtszeit dem Vorwurf der Vereinsführung ausgesetzt, die Hilfe für die Suppenküche zu Wahlkampfzwecken zu mißbrauchen. Auch wenn bis zu den nächsten Wahlen (für das Europaparlament) noch ein halbes Jahr Zeit war, war dieser Einwand zu akzeptieren. Umsomehr überrascht die ungenierte Präsenz der SPD-Wahlkämpfer in der Suppenküche im unmittelbaren Vorfeld der Landtags- und Bundestagswahlen.

An dieser Stelle will ich erinnern, daß es die damalige Rot-Grüne Regierungsfraktion war, die mit Unterstützung von CDU/CSU und FDP die Reformagenda 2010 und insbesondere der Mutter aller Reformen, Hartz IV, auf den Weg brachte. Damit trägt die SPD die entscheidende Mitverantwortung für zunehmende soziale Verwerfungen, emotionale Auffälligkeiten, dem Entstehen von sozialen Brennpunkten, Niedrig- und Dumpinglöhnen sowie zunehmende Kinder- und Altersarmut auch in unserer Stadt und unserem Landkreis.

Ebenso finde ich es pervers, wenn man ständig Ein-Euro-JobberInnen (Arbeitsgelegenhei-



ten mit Mehraufwandsentschädigung - MAE) per Zuweisung als »ArbeitsklavInnen« für haushaltsbedingte Personalreduzierungen und Einsparungen in öffentlichen Einrichtungen aber auch in Vereinen und Verbänden einsetzt, sie dabei teilweise der öffentlichen Stigmatisierung preisgibt und zur Bereinigung der Arbeitsmarktstatistik benutzt.

Dem Verein Brot & Hoffnung, der unbestritten eine sehr gute Arbeit leistet, empfehle ich, gemeinsam mit der Freiwilligenagentur der Barnim/Uckermark-Stiftung einen Ehrenamts-pool zu bilden und zum Einsatz zu bringen, der wirtschaftlich unabhängig ist und der über die notwendige soziale und fachliche Kompetenz verfügt. Denn auf Dauer wird man diese, zur Abfederung sozialer Härten leider gesellschaftlich dringend notwendige Arbeit, nicht mit Ein-Euro-JobberInnen oder niedrigschwelligen Arbeitsmöglichkeiten realisieren können.

Selber spende ich dem Verein monatlich 15 Euro von meinen Aufwandsentschädigungen als Eberswalder (Jung)Kommunalpolitiker, ohne Erwartung irgendeiner medienwirksamen Gegenleistung.

Im Übrigen hätte ich die »sozialen Messiasse« der Brandenburger- und Barnimer SPD herzlich gern im Eberswalder sozialen Brennpunkt, dem Brandenburgischen Viertel, willkommen heißen – auch ohne einen obligatorischen (Wahlkampf)-Fördermittelcheck.

Kontakt Eberswalde e.V.

Havellandstraße 15
16227 Eberswalde
Tel./Fax:03334/383070
eMail: kontakt-ebw@t-online.de

Unsere Bibliothek bietet ein reichhaltiges Bücherangebot für alle Leseinteressenten.

Regelmäßige Freizeitangebote, gemütliches Beisammensein, Internet, Sprachkurse, Lernhilfe, Schach sowie Spaß und Spiel in netter Atmosphäre warten auf alle Interessenten.

Öffnungszeiten: Mo-Do, 9-19 Uhr

Kontaktieren Sie uns!!!

Wir laden Sie ein!!!

Haushaltssicherungskonzept in Eberswalde

Eberswalde (bbp). Bereits am 28. April hatte Kreisdezernent Dr. Jörg Mocek in seiner Funktion als Untere Kommunalaufsicht in einem Brief an die Stadtverwaltung auf die kritische Haushaltssituation der Stadt Eberswalde aufmerksam gemacht. Die bis zum 30. Juni erbetene Stellungnahme der Stadtverwaltung ging am 20. Juli in die Post. Entsprechend des Anspruchs des neuen Verwaltungsdezernenten Bellay Gatzlaff nach mehr Transparenz, landete der Brief auch in den Briefkästen der Stadtverordneten, die so genügend Zeit hatten, sich in den Parlamentsferien mit der brisanten Fakten vertraut zu machen.

In der Stellungnahme spricht Gatzlaff immer wieder von einer notwendigen »Aufgabenkritik«. Damit greift der Verwaltungsdezernent eine alte Forderung der Fraktion der Linken auf, die sich seit Jahren mal mehr, mal weniger konsequent, gegen pauschale Einsparungen im Stadthaushalt gewandt hatten. Während die »Aufgabenkritik« der Linken insbesondere auch auf den Umfang bestimmter Pflichtaufgaben zielte, konzentriert sich die Kritik des Land-

kreises, soweit das aus den Antworten der Stadtverwaltung hervorgeht, auf die freiwilligen Aufgaben der Stadt, die offenbar grundsätzlich in Frage gestellt werden.

Zu den möglichen Maßnahmen eines vielleicht schon ab 2010 erforderlichen Haushaltssicherungskonzepts gehören beispielsweise die Schließung der beiden Außenstellen des Bürgeramtes in Finow und im Brandenburgischen Viertel (was in diesem Sommer bereits mehrfach getestet wurde), die Schließung der Bibliothek und des Museums, der Verzicht auf jegliche städtisch organisierte Veranstaltungen (Stadtfest, Neujahrsempfang, Kulturförderung), die Bestandsreduzierung oder Schließung des Tierparks, Schließung des Freizeitbades (wenn nach 2016 die Rücklagen der TWE aufgebraucht sind), flächenhafte Abschaltung der Straßenbeleuchtung, Stellenreduzierungen im Hausmeisterbereich sowie im Ordnungsamt bei gleichzeitiger Einnahmenerhöhung durch verstärkte Kontrollen...

Die Stadtverordneten scheinen davon regelrecht geschockt zu sein. Bislang sind lediglich

seitens der Fraktion der Fraktionslosen Reaktionen bekannt. Diese kritisiert, daß lediglich einzelne Punkte betrachtet werden. Die Fraktion fordert daher statt einer Kritik einzelner Aufgaben, eine komplexe Analyse der aktuellen Kommunalpolitik in Eberswalde.

Dazu gehöre auch, so der Fraktionsvorsitzende Albrecht Triller gegenüber der »Barnimer Bürgerpost«, die Kritik an der verfehlten Schulpolitik von Stadt und Landkreis mit den Schulabrissen und den gleichzeitig enormen Investition für die derzeitigen Schulkombinate, an der einseitigen Konzentration auf das Stadtzentrum bei Vernachlässigung der Ortsteile, an den falschen Investitionen an der Kreuzung Spechthausener Straße (Bauen auf der grünen Wiese) mit der Folge der Verödung der Ortsteile sowie am rasanten Vermögensverzehr der Technischen Werke Eberswalde (TWE) und der Wirtschaftsfördergesellschaft Eberswalde (WFGE). Auch die Themen Bürgerbeteiligung, Bürgerhaushalt und Transparenz in kommunalen Unternehmen gehörten in diesem Zusammenhang auf die Tagesordnung.

Brandenburgisches Viertel:

FDP will ein »grünes Quartier«

Eberswalde (bbp). Einige Tage nach der Wortmeldung des CDU-Fraktionsvorsitzenden in der StVV Eberswalde Hans-Joachim Blumenkamp (Seite 1) meldete sich auch die FDP-Fraktion mit einer Presseerklärung zum Thema »Situation im Brandenburgischen Viertel« zu Wort.

»Wir dürfen trotz aller berechtigten Kritik und allen sozialen Mißständen weder verschweigen, noch vergessen, was bereits alles im Viertel passiert ist«, heißt es in der Erklärung. »Eine soziale Infrastruktur wie hier findet sich in keinem anderen Stadtteil, obwohl in ganz Eberswalde die sozialen Probleme steigen. Das soll uns natürlich nicht von weiterem Engagement im Brandenburgischen Viertel abhalten. Aber wir müssen auch die vergangenen Leistungen der vielen Ehrenamtlichen, die sich seit Jahren und zum Teil sogar Jahrzehnten hier engagieren, hervorheben und würdigen, wie es auch CDU-Fraktionschef Blumenkamp unterstützt.«

Gerade in die bauliche Infrastruktur seien Millionen investiert worden »und werden mit dem Rückbau auch noch weitere Gelder investiert werden. Und das ist auch gut so! Wir brauchen keine Geisterblöcke, die das Bild des Viertels nur zusätzlich negativ darstellen.« Zudem hätten von den Investitionen der vergangenen Jahre gerade Einrichtungen wie das Dietrich-Bonhoeffer-Haus selbst »sehr stark profitiert«. Die FDP will ein kleines, aber dafür schönes »grünes Quar-

tier« schaffen »anstatt an leeren grauen Blöcken aus vergangenen Tagen festzuhalten!«

Dennoch bedürfe das Brandenburgische Viertel auch in Zukunft weiterer Aufmerksamkeit. Im Vergleich zu anderen Stadtteilen habe es eben besondere Herausforderungen, wie gerade die Integration der Spätaussiedler oder auch die Häufung von Bedarfsgemeinschaften in dieser Konzentration.

Es müsse aber auch klar sein, »daß Hilfe nicht nur vom Staat bzw. von der Stadt verlangt werden kann. Wir müssen den betroffenen Menschen mit Hilfe zur Selbsthilfe begegnen. Wir müssen Solidarität von engagierten Mitmenschen fördern, statt ständig nur nach sozialen Hilfsprojekten vom Staat zu verlangen!« Es sei eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft, gerade den Kindern zu helfen. Als Beispiel wirbt die FDP mit dem Engagement des Steuerbüros B.R.D., das zwei Kinder der Kita »Arche Noah« durch Aufkommen für das Mittagessen unterstützt. »Solches Engagement, sowohl von Privatleuten, wie auch Unternehmen, muß unterstützt und gewürdigt werden. Die FDP/Bürgerfraktion bietet ihre Hilfe gerne an und stellt sich den aktuellen und künftigen Herausforderungen. Dabei ist das Wahlprogramm vom Herbst 2008 nach wie vor richtungweisend für die Entwicklung des Brandenburgischen Viertels von der Massenunterkunft zum 'grünen Quartier'.«

Ortsvorsteher jetzt mit Computer



Eberswalde (bbp). Seinen neuen Arbeitsplatz im Mehrzweckberatungsraum des Bürgerzentrums in der Schorfheidestraße des Brandenburgischen Viertels konnte Ortsvorsteher Carsten Zinn im August beziehen. Besonders froh ist Zinn über den Computer mit Internetanschluß, für ihn eine deutliche Qualitätsverbesserung gegenüber dem bisherigen Zustand. Sein Dank für die Verbesserung seiner Arbeitsmöglichkeiten als Ortsvorsteher gelte insbesondere dem Verwaltungsdezernenten Bellay Gatzlaff und dem Sachgebietsleiter TUIV (Technikunterstützte Informationsverarbeitung) Bernd Lehmann. Über eigene Büros können auch die Ortsvorsteher in Finow, Tornow, Sommerfelde und Spechthausen verfügen. Die Ortsvorsteher von Eberswalde 1 und 2 hingegen müssen noch mit einem Arbeitsplatz in der sogenannten »Teeküche« im Rathaus vorlieb nehmen.

MEMA-Markt schließt

Eberswalde (cz/bbp). Der letzte MEMA-Markt in Brandenburg, im Einkaufszentrum Heidewald des Eberswalder Ortsteils Brandenburgisches Viertel, schließt am 5. September seine Pforten. Ursprünglich war die Schließung zum 30. Oktober vorgesehen. Marktleiterin Anne Klein informierte den Ortsvorsteher des Brandenburgischen Viertels Carsten Zinn, daß die bisherige MEMA-Verkaufsfläche vom benachbarten Discounter NETTO zum 1. November komplett übernommen wird. Damit verbessern sich sowohl die Einkaufsbedingungen für die Kundinnen und Kunden, als auch die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten des NETTO-Marktes. Die MEMA-Beschäftigten profitieren davon nicht. Nach Schließung des Marktes werden sie in die Arbeitslosigkeit entlassen, da weder KAISERS, die von den bisherigen 24 MEMA-Märkten in Berlin und Brandenburg 20 weiterführen, noch NETTO den bisherigen MEMA-Beschäftigten Angebote für eine Übernahme unterbreitet haben.

Bürgerhaushalt

Eberswalde (prest-ew/bbp). Die Einwohnerversammlungen, zu denen Bürgermeister Boginski von Mai bis Juli in allen Eberswalder Stadtteilen eingeladen hatte, dienen zugleich als Auftaktveranstaltung für den diesjährigen Bürgerhaushalt. Verwaltungsdezernent Bellay Gatzlaff charakterisierte in den Versammlungen den Bürgerhaushalt als Instrument der Verwaltung zur Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in die städtische Finanzplanung. Dabei ist der Bürgerhaushalt in Eberswalde nicht so weit gefaßt, wie beim lateinamerikanischen Vorbild. Während dort die Bürgerinnen und Bürger auf den gesamten Haushalt Einfluß nehmen, sind die Mitwirkungsmöglichkeiten beim Eberswalder Bürgerhaushalt auf Investitionen des Vermögenshaushaltes in den jeweiligen Stadtteilen beschränkt.

Der verwaltungsseitige Entwurf des Investitionsprogramms für die Jahre 2010 – 2013 war vom 17. Juli bis zum 19. August (wegen geringer Teilnahme verlängert bis 28. August) im Internet auf den Seiten der Stadt Eberswalde und im Rathaus einzusehen. Bis zum 28. August 2009 bestand dementsprechend die Möglichkeit, Änderungsvorschläge zum Entwurf des Investitionsprogramms zu unterbreiten.

Es ist vorgesehen, daß im September im Finanzausschuß und in der Stadtverordnetenversammlung über die Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger beraten wird.

Barnimer Bürgerpost abonnieren!

Tel.: 0 33 34 / 35 65 42

Fax: 0 18 05 / 22 10 40 973

eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

Nicht über unseren Köpfen!

Am 16. September findet um 19 Uhr in der Aula der FH-Eberswalde eine Diskussionsveranstaltung zur 380-kV-Überlandleitung durch das Biosphärenreservat und Eberwalde statt. Eingeladen werden Politiker und Kandidaten aus der Region. Am 3. September, ebenfalls um 19 Uhr, gibt es eine Diskussion zum gleichen Thema mit Bundes- und Landespolitikern in der Altschulhalle Angermünde. **HARTMUT LINDNER**

Investitionen contra Krise

Angermünde (fdp). Am Dienstag, den 17. August besuchten die beiden Kreisvorsitzenden der FDP Uckermark, Andreas Büttner, und der FDP Barnim, Gregor Beyer, den Milchprodukt hersteller Hemme Milch im Angermünder Ortsteil Schmargendorf. Bei der Besichtigung der Produktionsstätte informierten sich die beiden Landtagskandidaten über den Betrieb und dessen Pläne für die Zukunft. Erfreulich wurde aufgenommen, daß die Produktionsanlage in den kommenden Monaten um das doppelte erweitert wird. »Nur wer entgegen dem Verlauf der Wirtschaftskrise handelt und in schwierigen Zeiten investiert, kann nach dem Ende der Krise noch bestehen bleiben« begrüßte Andreas Büttner, Direktkandidat in Angermünde, das Vorgehen des Betriebes. Neben der Erweiterung der Produktionsanlagen müßten auch die Bauern ihre Produktivität erhöhen.

Es bedarf zur Entwicklung der ländlichen Räume eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen Pflanzen- und Tierproduktion. »Das kann der ländlichen Region nur zu Gute kommen« bekräftigte Gregor Beyer, Direktkandidat der FDP Barnim in Eberswalde und Schorfheide und agrarpolitischer Sprecher der FDP Brandenburg. Ein Betrieb, der Vieh hält, beschäftigt zehnmal so viele Beschäftigte, wie ein gleichgroßer Betrieb mit reiner Anbaufläche argumentierte Beyer. Ziel müsse sein, daß Ackerbau und Tierhaltung in einem sinnvollen Verhältnis zusammen mit der Veredelung der Produkte zu heimischer Wertschöpfung führt. Andreas Büttner verwies diesbezüglich auf das Landeswahlprogramm und die Falkenberger Erklärung zum ländlichen Raum der FDP Brandenburg. »Bei der weiteren Entwicklung, können die Bauern auf die FDP zählen« so Büttner.

»Der Betrieb ist ein Aushängeschild für die Uckermark. Seine qualitativ hochwertigen Produkte machen eine starke Werbung für die Region, auch über die Landesgrenze hinaus.« lobte zum Schluß Gregor Beyer die gute Arbeit des Unternehmens. Während der Führung durch die Produktionsmittel erklärte Geschäftsführer Gunnar Hemme, daß die Milchzeugnisse sowohl in Berlin bei Kaisers und Tengelmann, als auch in Niedersachsen sehr beliebt sind. Weitere Abnehmer findet Hemme Milch in 100 Kitas und Schulen in der Uckermark, in denen der Betrieb als Schulmilchlieferant zugelassen ist. Zusätzlich erreicht der Betrieb bis zu 3.000 Haushalte, von Schwedt/Oder bis nach Berlin-Reinickendorf über das Milchmannsystem.

Farbenspiele in Panketal

»Brett'l, Talk & Prosa« mit Dagmar Enkelmann

Mehr als 100 Gäste erlebten Anfang August im Rathaussaal in Panketal die Premiere von »Brett'l, Talk und Prosa« mit Dagmar Enkelmann, der Spitzenkandidatin der LINKEN für die Brandenburger Bundestagswahl.

Die Mischung aus Kabarett, Lesung und Polit-Talk kam beim Publikum offenbar gut an - es ging die anderthalb Stunden aufmerksam mit und spendete reichlich Beifall.

Zum Beginn gab das »Strausberger Seniorenbrett'l« die Richtung vor und verkündete als Wähler in spe, dieses Mal sich nicht wieder übertölpeln zu lassen und jemanden zu wählen, der einen »Arsch in der Hose hätte«. Großen Gefallen fand auch ein vorwitziger »Brett'l«-Kellner, der Dagmar Enkelmann auf die Bühne komplimentierte und dazu »zwang«, einige Geschichten aus ihrem neuen Buch »Liebe auf den ersten Blick!« zum Besten zu geben. Enkelmann las unter anderem das Stück über die Kassiererin Emmely, der allein auf Verdacht wegen eines angeblich unterschlagenen Pfandbons von

1,30 Euro gekündigt worden war. Daß die Kassiererin, wie es in der Geschichte heißt, nicht aufgeben will und, wenn nötig, bis vor den Europäischen Gerichtshof ziehen will, machte den Anwesenden Mut. Dafür gab's spontan Applaus.

Das Zusammenspiel von Lesung und Kabarett eröffnete ganz neue Einsichten. Auf Dagmar Enkelmanns Geschichte über die »Farbenspiele 2009« - wer mit wem vor und nach der Wahl koalieren oder auch nicht koalieren will - folgte das »Brett'l« mit der Warnung, sich bei der Wahl nicht von den üblichen Versprechen gedankenlos hinreißen zu lassen. Das gesungene und eindringliche Stück »Nur nicht aus Liebe wählen!« gipfelte in der Aufforderung: »Wer einmal lügt, den wählt man nicht!«

Wie es um die Wahlziele der LINKEN selbst bestellt ist - darüber gaben Dagmar Enkelmann und der Barnimer Landtagskandidat der LINKEN Ralf Christoffers in einer Talkrunde Auskunft. Ihr ginge es, betonte Dagmar Enkelmann, nicht um Farbenspiele oder Koalitionsspekulationen, sondern vor allem um einen Politikwechsel zu mehr Gerechtigkeit. Auch gelte es, aus der Krise endlich die richtigen Schlüsse zu ziehen. So sei der Handel mit faulen Krediten in Deutschland bis heute nicht verboten.

Dagmar Enkelmann, die vor langer Zeit selbst in einem Studentenkabarett mitgespielt hatte, wagte sich bei der Zugabe selbst aufs »Brett'l«. Sie mimte, stilgerecht geschürzt, Petra Putze, eine Reinigungskraft im Bundestag, die sich mit ihrer »Brett'l«-Kollegin aus der Küche so ihre Gedanken über die hektisch-abсурde Welt der Abgeordneten macht.

MANFRED SCHWARZ



Mal richtig abschalten!

Großdemonstration für den Atomausstieg am 5. September in Berlin

Die letzten Pannen im Atomkraftwerk Krümmel haben erneut deutlich gemacht: **Sicher ist bei der Atomenergie nur das Risiko!** Deshalb rufen die Barnimer Grünen dazu auf, am 5. September in Berlin gemeinsam mit Umweltverbänden, Bürgerinitiativen und Bündnisgrünen aus dem ganzen Bundesgebiet gegen die Verlängerungen der Laufzeiten von Atomkraftwerken und für einen konsequenten Ausstieg aus dieser Technologie zu demonstrieren.

Die Bundestagswahl am 27. September ist auch eine Abstimmung über die Zukunft des Atomausstieges. In der nächsten Legislaturperiode müssen planmäßig sieben alte Reaktoren wie Biblis und Brunsbüttel vom Netz gehen. CDU und FDP wollen jedoch das Ende des Atomkonsenses, die Laufzeiten verlängern und Schrottreaktoren wie Krümmel weiter betreiben. In diesen Sommer waren zeitweise sieben der 17 deutschen Atomkraftwerke gleichzeitig

außer Betrieb, ohne daß dies die Stromversorgung im Land beeinträchtigt hätte. Im Gegenteil! Deutschland exportierte selbst zu diesem Zeitpunkt noch Strom.

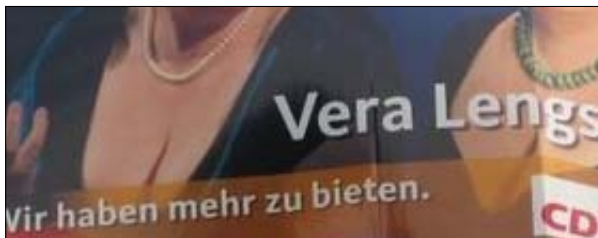
Die Atomkraft ist also verzichtbar und blockiert Investitionen in erneuerbare Energien, die sich auch in Brandenburg zu einem tragfähigen Wirtschaftsfaktor entwickelt haben. Auch die Vorgänge im Versuchsendlager Asse zeigen die Unvermeidlichkeit des Atomausstieges.

THOMAS DYHR, Direktkandidat für die Bundestagswahl im WK 60 (MOL/BAR II)

Interessierte sind herzlich eingeladen, sich mit Thomas Dyrh und dem bündnisgrünen Landtagskandidaten Stefan Stahlbaum aus Panketal am Samstag, dem 5. September zwischen 10 und 11 Uhr am Bahnhof Bernau zu treffen und gemeinsam mit der Regionalbahn zur Demo nach Berlin zu fahren. Unterwegs wird Zeit für Gespräche sein. Weitere Informationen unter www.thomas-dyhr.de und www.campact.de.

Die Wahlküren der Union

Auf den ersten Blick scheint es sich um ein Werbefoto für Brustenthaarungs- oder Büstenvergrößerungsmittel zu handeln, auch Reklame für den Deutschen Ammenverband e.V. scheint möglich. Sieht der neugierig gemachte Bürger jedoch genauer hin, wird er feststellen, daß die CDU, vertreten durch die Kanzlerin und die Ex-Widerständlerin Lengsfeld, mit diesem Spezialkonterfei im Doppelpack – beide Christdemokratinnen im gerade noch jugendfreien Dekollete – Wahlfang betreiben, in dem bekanntlich jede Stimme zählt, auch die der Busenfetischisten. Anknüpfend an die Idee der seinerzeitigen Boris-Becker-Geliebten Naddel, die ihr Milchzeug öffentlich wiegen ließ, setzen auch die beiden Damen ihre sekundären Geschlechtsmerkmale im Kampf um die gute Sache frohen Mutes ein. Unterschrieben ist das SPECKtakel mit der Losung, die man sich über die Tür eines Oben-ohne-Restaurants, das dichte bei eine Konkurrenzbude zu liegen hat, vorstellen könnte: Wir haben mehr zu bieten!



War es damals die Rote-Socken-Kampagne des charismatischen Pastors Hintze, der heute als Funktionär für Luft- und Raumfahrt dient, die das Land erheiterte, so liefert das Milchdrüsenposter heute – neben Pofalla (durch seine bloße Existenz) – den Anlaß für Frohsinn. Die deutschen Kabarettisten werden noch lange von dem Busenstück zehren.

Vera Lengsfeld, die man einst aufrichtig bedauerte, weil der eigene Mann sie bespitzelt hatte, und die gewiß Meriten als Bürgerrechtlerin hat, wechselten vor einigen Jahren von den Grünen, als die ihr keinen sicheren Listenplatz garantieren wollten, zur Union und wurde danach ab und zu Talk-Shows mit DDR-Thematik eingeladen, wenn ein Kampfpuhn gefragt war. Dort fiel sie durch Galligkeit, Vergnatztheit und böse Attacken gegen ihren

Liebblingsfeind Gysi, nie aber durch überzeugende Argumente auf. Ein sonderbares Kind, mit dem keiner so richtig spielen wollte. Sie zog auch wanderpredigend durch die Schulen des Landes und greinte, daß Direktoren, an deren Schulen sie sich eingeladen hatte, kein zweites Mal von ihr Gebrauch machten. Rote Seilschaften und bolschewistische Pädagogen hätten dran gedreht. In Wirklichkeit ödete die Schüler die langweilig zelebrierte Agitation einfach an; es war wie im FDJ-Studienjahr – nur andersrum.

Nun will uns Vera also wieder ins Hohe Haus, auf Busen komm raus. Wie eine dumme, unvorbereitete Studentin, die sich im Minirock und sliplos vor ihrem senilen Professor spreizt, auf daß der ob der Fülle der Schenkel den hohlen Kopf nicht bemerkt. Unter Studenten nennt man das den letzten Versuch. Die meisten der kleinen Geilmacherchen fielen allerdings sowieso durch, was wir auch der Volksvertreterin Vera wünschen.

Wem nach der Wende das Engagement für Bürgerrechte total abhanden kam – nie wurde bekannt, daß sich Frau Lengsfeld für hungernde Kinder oder gegen Schandlöhne eingesetzt hätte –, dem sollte man auf die Finger und nicht auf die Putenbrust schauen. Linken Leuten, die sich amüsiert UND entsetzt über die vier Preßbrüste äußerten, warf die urplötzlich auf »locker« machende Venus von Kreuzberg Prüderie vor und fügte launig hinzu: »Hey, Jungs, entspannt euch!« Erstmals können vor lachen!

Sie nennt uns »Jungs«, nicht mehr Verbrecher, Halunken, Systemknechte oder Mielkes Erben. Das späte Mädchen ist außer Kontrolle. Inzwischen sind die 750 Großposter aus den Berliner Straßen verschwunden. Die Notbremsaktion kam zu spät. Das Brustbild, gut und gern vorstellbar auf dem Titelblatt des »Eulenspiegel«, ging weltweit durch die Medien. Und ein Fußballmuseum hat ein Exemplar für seine Abteilung »Klassische Eigentore« erworben. Wenn da mal nicht die Stasisseilschaften ihre Schmuddelfinger im Spiel hatten...

Dr. STEFFEN PELTSCHE

Diskussion:

Kapitalismus und Demokratie

Diskussionsveranstaltung mit Wolfgang Herrmann (Mitglied des Parteivorstandes der DKP) am 8. September, 19 Uhr, in Bernau, Klub 23, Breitscheidstr. 42a

Gerade angesichts der bevorstehenden Wahlen halten wir es für geboten, uns darüber zu verständigen, welche Bedeutung gegenwärtig der parlamentarischen Demokratie für die Bewahrung kapitalistischer Machtverhältnisse zukommt und welche alternativen Demokratievorstellungen derzeit realisierbar sind. Und auch darüber, welche Verantwortung sich daraus für die Linken, und insbesondere für die Kommunisten, ergeben.

DKP-Gruppe Bernau/Barnim

Gemeinsame Vorbereitungen

Planfeststellungsverfahren 380-kV-Trasse

Die parteipolitisch nicht gebundene Bürgerinitiative (BI) »Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat« hatte Mitglieder der StVVEberswalde (Karen Oehler und Dr. Steiner für die Bündnisgrünen, Carsten Zinn und Fred Spenner für die Linke, Arnold Kuchenbecker für die SPD, Albrecht Triller für das Bündnis für ein demokratisches Eberswalde und Margitta Mächtig, die Landtagsabgeordnete im Wahlkreis Eberswalde) für den 14.7. eingeladen, um über das im Herbst anstehende Planfeststellungsverfahren für die 380-kV-Freileitung zu diskutieren und sich auf das Planfeststellungsverfahren vorzubereiten. Tagungsort war, einer Anregung des Stadtverordneten Triller folgend die Freie Schule Finow, die an diesem Tag ihre Genehmigung erhielt.

Zunächst wurden die anwesenden Ortsvorsteher der unmittelbar betroffenen Ortsteile Finow (Kuchenbecker) und Brandenburgisches Viertel (Zinn) nach ihrer Einschätzung gefragt. Thomas Pfeiffer, Sprecher der BI, informierte die Stadtverordneten über den aktuellen Stand im Trassenkonflikt und betonte die Bedeutung Eberswaldes. Er erinnerte an die Beschlüsse des Kreistags Barnim, der Stadtverordnetenversammlung von Eberswalde, der Gemeindevertretung von Chorin und der Stadtverordnetenversammlung von Angermünde, in denen die 380-kV-Freileitung abgelehnt wird.

Wie können diese politischen Willensäußerungen der kommunalen Parlamente im Planfeststellungsverfahren zum Ausdruck gebracht werden und wie können diese Willensäußerungen durch entsprechende Gutachten, insbesondere hinsichtlich der umweltmedizinischen Risiken und hinsichtlich technischer Alternativen, zur Freileitung untermauert werden?

Die BI sucht die Zusammenarbeit mit den Städten Eberswalde und Angermünde und den Landkreisen Barnim und Uckermark sowie den anderen betroffenen Ämtern Schorfheide, Joachimsthal und Britz-Chorin-Oderberg. Angestrebt wird ein für Vattenfall negativer Planfeststellungsbeschluss, da die Freileitungstrasse durch Eberswalde und das Biosphärenreservat nicht genehmigungsfähig ist und eine Alternative wie eine mögliche Erdverkabelung oder eine Umgehung der sensiblen Gebiete nur zum Tragen kommen kann, nachdem das jetzige Vorhaben abgelehnt wurde. Durch qualifizierte Einwendungen der Bürger soll dies unterstrichen werden. Für den Fall, daß ähnlich wie im Raumordnungsverfahren, ein für Vattenfall positiver Entscheid ergeht, bereitet sich die BI gemeinsam mit Naturschutzverbänden auf eine Klage vor dem Bundesverwaltungsgericht vor.

Die Trassenführung der 380-kV-Freileitung wird auch im Wahlkampf thematisiert werden. Für den 16. September ist eine öffentliche Diskussionsveranstaltung mit Kandidaten aus der Region geplant.

Soziale Bewegung Land Brandenburg:

Sommer-Familiencamp 2009

Mehr als 30 Kinder und ihre sozialpolitisch engagierte Eltern auf dem »Hohen Golm«.

Von Stendal bis Königs-Wusterhausen, von Potsdam bis Finsterwalde fanden sich Mitstreiter aus Sozialprotestinitiativen ein, um mit ihren Kindern und Familien ein erholsames und erlebnisreiches Wochenende zu verbringen. Die Herberge »Haus Hoher Golm« im Baruther Ortsteil Ließen bot mit einer idyllischen Lage im Grünen dafür einen idealen Rahmen.

Damit vor allem bei den Kindern und Jugendlichen keine Langeweile aufkam, wurde ein abwechslungsreiches Programm mit Nachtwanderung, Kletterwand, Bogenschießen, viel Spiel und Spaß und grillen am Lagerfeuer geboten. Ein Höhepunkt war der Klettergarten, den Erlebnispädagoge Micha aufgebaut hatte. Er wurde mit seinen vielen Aufgaben, die Geschicklichkeit und Teamfähigkeit forderten, mit viel Begeisterung und Mut angenommen. Wir möchten uns an dieser Stelle, nochmals für dieses umfangreiche und tolle Programm bedanken.

Zum Programm gehörte natürlich auch, in ungezwungener und entspannter Atmosphäre zu diskutieren, Erfahrungen auszutauschen, neue Ideen zu denken und die Netzwerke für gemeinsames Handeln enger zu knüpfen. Dabei die Ehe- bzw. Lebenspartner der in der sozialen Bewegung tätigen Bewegungsaktivisten einzubeziehen, nicht zuletzt auch um sich kennen zu lernen und ein schönes Wochenende

miteinander zu verbringen, ist zentraler Bestandteil unserer Familiencampidee. Besonders hat uns gefreut, daß auch bisher nicht organisierte, denen es am Herzen liegt sich gegen den Sozialabbau zur Wehr zu setzen, unserer Einladung gefolgt sind.

Das Konzept, auch finanziell benachteiligten Menschen ein solches Sommer-Familiencamp zu ermöglichen, war nur mit Sponsoren möglich. Hervorzuheben sind hier die DGB-Region Südbrandenburg, die IG-Metall Ludwigsfelde und DIE LINKE. Somit konnte der Teilnehmerbeitrag niedrig ausfallen und für Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre kostenfrei ermöglicht werden. Alle anfallenden Arbeiten wurden gemeinsam verrichtet. Selbst gelegentlicher Nieselregen konnte die Stimmung in keiner Weise drücken und so wird uns dieses schöne Wochenende noch lange in Erinnerung bleiben.

Das Team der Veranstalter: »Verein für soziale Selbstverteidigung« (VSSV) – Jüterbog in Kooperation mit »Erwerbslosenarbeitskreis« (ELA) der IG-Metall Verwaltungsstelle Ludwigsfelde, Gewerkschaftlicher Erwerbslosen-Arbeitskreis Südbrandenburg (GELA), »Soziale Bewegung Land Brandenburg« (SBB).

MICHAEL MAURER

<http://soziale-bewegung-land-brandenburg.de>
kontakt@soziale-bewegung-land-brandenburg.de

Fehlende Sitzbänke am Wanderweg

Seit Anfang 2005 wohne ich in Seefeld und konnte mit Freude miterleben wie der Barnim attraktiver und tourismusnah zum Wachsen gebracht werden soll. Besonders gefreut habe ich mich über die Schaffung eines Rad- und Wanderweges zwischen Seefeld und Krummensee. Die fast unberührte Natur lädt zum Verweilen ein, die neu angepflanzten Bäume werden gepflegt, aber nirgendwo ist es möglich, sich ein Plätzchen zu gönnen, weil es keinerlei Möglichkeiten dazu gibt, sich auf einer Bank niederzulassen um die Natur zu genießen. Immer wieder höre ich das von Bürgern in meinem Umkreis. Selbst Besucher, die ich selber nach Barnim eingeladen habe, bemängeln, daß nur eine einzige Sitzbank (Ortseingang Seefeld) zu finden ist. Eine weitere steht am Ortseingang Krummensee (links am Übergang eines trockengelegten Baches) und eine am See Seefeld für Kinder gedacht... leider zerfallen und unbeachtet!

Der Marsch von Seefeld nach Krummensee ist traumhaft – aber für ältere Bürger ohne Halt unmöglich und selbst als Fahrradfahrer oder Läufer möchte man gern abruhen und den Tag einläuten oder ausklingen lassen indem man gemütlich auf einer Bank sitzt. Fehlanzeige – es gibt keine einzige!

Wir denken, daß das jedoch eine wesentliche Grundlage ist die Attraktivität in Barnim zu ergänzen. Wir wünschen uns, daß man das überdenkt und gegebenenfalls an die Stellen weiter gibt, die über die Verteilung der Sitzbänke zu entscheiden haben.

Meiner Meinung nach gibt es in Barnim genügend Holz aus dem man Sitzmöglichkeiten schaffen könnte, die auch vor Diebstahl geschützt sind. Wer trägt schon einen Baumstamm quer durch Barnim? Es gibt auch Betonplatten die in Werneuchen auf dem alten Flugplatzgelände herumstehen und die man zweckentfremden könnte... In anderen Landesteilen stehen Bänke mitten im Wald... Es ist doch sicher nicht zuviel verlangt, daß potentielle Steuerzahler auf eine Erholung in ihrem Lebensumfeld rechnen dürfen. Vielleicht darf ich in diesem Zusammenhang noch darauf hinweisen, daß in Seefeld ein sehr verfallenes Objekt (ein griechisches Restaurant steht), es ist demmaßen verfallen und gibt keine Einladung. Vielleicht sollte man darüber nachdenken einen potentiellen Käufer zu finden für ein Landgasthaus am See. Es bietet sich doch regelrecht dazu an. Wäre ich 20 Jahre jünger ich wüßte was ich täte...

CONNY KELZ

Keine Kaufvorschrift

Langzeitarbeitslosen, die Leistungen nach dem SGB II beziehen, darf im Grundsatz nicht vorgeschrieben werden, wann sie nötige Käufe von Brennstoffen zum Heizen ihrer Wohnung oder ihres Hauses tätigen. Das stellte die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine kürzliche Anfrage der Bundestagsabgeordneten Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE) klar.

Bürgerinnen und Bürger aus Märkisch-Oderland hatten sich zuvor bei der Abgeordneten beschwert, daß sie durch die Jobcenter gezwungen worden seien, Heizöl im Herbst zu kaufen, gerade dann, wenn die Preise für den Brennstoff viel höher als im Frühjahr oder Sommer liegen. Dagmar Enkelmann hält dies für unsinnig. »Sonst wird jeder Cent zugunsten der Betroffenen dreimal geprüft, hier wird aber leichter Hand Geld zum Fenster hinausgeworfen.«

Die Politikerin begrüßt die Klarstellung – ungeachtet der Tatsache, daß DIE LINKE die ALG-II-Leistungen generell für zu niedrig hält und eine Erhöhung auf monatlich 500 Euro in den nächsten vier Jahren anstrebt. Schon kleine Verbesserungen würden die Lage vieler Betroffenen erleichtern, so Enkelmann. Insbesondere, wenn ein längerer Leistungsbezug zu erwarten ist, heißt es in der Antwort der Bundesregierung weiter, könnten auf Antrag »bereits vor Beginn der Kälteperiode« Leistungen zur Beschaffung von Heizmaterial gewährt werden. Der entsprechende Leistungsanspruch entstehe aber erst dann, betont die Bundesregierung, wenn kein Brennmaterial mehr vorhanden ist. (Siehe auch unter www.dagmar-enkelmann.de)

BÄRBEI MIERAU

»Kraftwerk« für die Paten

Eberswalde (prest-ew). Ein interessantes Projekt führte die Kinder des Hortes »Kinderinsel« der Grundschule Schwärzensee zu ihren Paten und auch in ein Kraftwerk. Hier ihr Bericht:

»Warum brauchen wir Kraftwerke?« – für die Beantwortung der Frage suchten wir vor etwa einem Vierteljahr unseren Patenbetrieb, die Rohrsysteme GmbH auf. Thomas Compart, einer der Geschäftsführer der Rohrsysteme GmbH, erklärte uns die Funktionsweise eines Kraftwerkes. Um es besser zu verstehen, besuchten wir im April das Holzkraftwerk in Finow. Wir waren alle davon so sehr begeistert, daß uns die Idee kam, ein Kraftwerk nachzubauen. Alle Kinder, die an diesem Projekt beteiligt waren, sammelten Materialien, bauten, klebten und malten zusammen, um ein Modell eines Kraftwerkes anzufertigen.

Dieses Modell überreichten wir im Juli unserem Patenbetrieb, direkt in der Rohrsysteme GmbH. Denn sie haben einen großen Anteil an der Herstellung des Kraftwerkmodells.

Gleichzeitig wollen wir uns für die tolle Zusammenarbeit mit der Firma Rohrsysteme GmbH sowie bei der HOKAWÉ Holzkraftwerk Eberswalde GmbH für den unvergesslichen Ausflug in ihr Holzkraftwerk bedanken.

Politiker belügen das Volk. Davon sind die meisten Bürger überzeugt. Darüber kann man schon mit ihnen sprechen, und das tue ich. Doch wenn der Punkt kommt im Gespräch: »Da müssen wir wieder mal auf die Straße gehen!« Dann sagt der Bürger, der so gerne auf der Stange sitzt: »Wir ändern ja doch nichts.« Von ihrer wirkungsschwachen Wahlzettel-Bequemlichkeit schließen sie auf die Demo, und solange sie da erst gar nicht hingehen, kann natürlich auch nicht viel herauskommen. Sie selber schaffen mit ihrer Enthaltensamkeit das Defizit an Wirkung. Ihre Voraussage ist eine sich selbst erfüllende Behauptung. Als 1918 – am Ende des Ersten Weltkriegs – der sächsische König abgedankt hatte, von Dresden her durch Chemnitz ins Asyl fuhr und der Sonderzug anhielt, jubelten ihm fleißige Menschen zu. Da sagte der Ex-Monarch zu den Untertanen: »Ihr seid mir ja scheene Rebbubliganer.« Mein Vater hat es mir erzählt. Zwanzig Jahre später marschierten die Söhne der fleißigen Untertanen in den größten aller Kriege. Das habe ich dann schon selber beobachtet. Nur war ich noch von der Realität entfremdet: Ich hatte paradiende Truppen gesehen, zackige Offiziere, Soldaten auf Vordermann, Langrohrgeschütze, jubelnde Zuschauer, doch den Zusammenhang mit der unterschweligen, grausamen, heraufkriechenden Wirklichkeit hatte ich noch nicht erkannt. Den Zusammenhang begann ich erst im März 1945 zu begreifen, als ich im Bombenhagel stand und rings um mich die Häuser zusammenstürzten. Mit den Bomben kam der Tod, auch in meine Familie. Eine gebrechliche Frau rettete ich vorm Feuertod. In einem andren Haus ist meine Oma in den Flammen umgekommen. Noch zwei Jahre Nachdenken, und ich war bei Marx angekommen. Meine Klassenkameraden drückten sich vorm Denken.

Vier Jahre vor den revolutionären Ereignissen von 1848 hatte Marx geschrieben: »Es handelt sich darum, den Deutschen keinen Augenblick der Selbsttäuschung und der Resignation zu gönnen. Man muß den wirklichen Druck noch drückender machen, indem man ihm das Bewußtsein des Druckes hinzufügt, die Schmach noch schmachvoller, indem man sie publiziert ... man muß diese versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen zwingen, daß man ihnen ihre eigne Melodie vorsingt.« (MEW 1 S. 381) Auch bevor die Nazis ihren Durchbruch erzielten, hatte es mutige, sprachgewandte Warner gegeben. Zum Beispiel Kurt Tucholsky. Doch wer hat die Texte der Warnenden gelesen? Selbst Ernst Thälmann, dessen Ermordung sich im vergangenen Monat zum 65. mal jährte, wurde nur von wenigen gehört, und als es drauf an kam, waren die Lohnabhängigen politisch nicht vorbereitet zum Generalstreik gegen Hitler. Sie litten an der Entfremdung. Nicht in erster Linie als Kollege vom Kollegen waren sie entfremdet, in ihrem Milieu kannten sie sich aus. Doch über die Werkbank, über Zaun und Siedlung zu blicken fiel ihnen schwer. Alle miteinander wa-

Karl Marx im 21. Jahrhundert (12)

Entfremdung und Internationale

von Dr. Rainer Thiel

Entfremdung offenbart sich, wenn tausende brave Bürger auf Stuhlreihen in der Halle sitzen wie Hühner auf Stangen im Stall. In den Hallen sind die Stangen von gigantischer Länge, zwanzig lange Stangen hintereinander. Da sitzen die fleißigen Eierleger und warten, daß der liebe Gott die Treppe herab steigt, um sich bejubeln zu lassen und Spaß auszugießen. Die Bürger genießen ihr Dasein als Untertanen. Es gibt viele Arten von Obrigkeit. Da es fast alle Marxisten versäumt haben, das Werk von Marx mit seiner zweiten Komponente bekannt zu machen, der Theorie von der Entfremdung, habe ich mir gestattet, etwas über Entfremdung zu sagen. Damit bin ich noch nicht am Ende. Noch ist es nicht zu spät zum Nachdenken.

ren sie entfremdet von der gesellschaftlichen Realität, aus deren Schoß das Ungeheuer kroch.

Denn eine dritte Tücke wurzelt in der Entfremdung: Der Mensch ist ein Gattungswesen. Seine Gattung – die menschliche Gattung – ist durch die Arbeit entstanden. Doch weil der Arbeiter in der Welt – solange sie vom Kapital beherrscht wird – seine Tätigkeit nur als Mittel zum Zweck sehen kann, als Mittel zum Zweck, mit seiner Familie zu überleben, solange interessiert ihn nicht die Arbeit als Quelle seiner Gattung. Ihn interessiert nicht mal seine individuelle Verrichtung als Beitrag zum Leben der Gattung; ihn interessiert auch nicht die Tätigkeit und die Mühe **aller Arbeiter**. Mit den Arbeitern der Welt ist er nur indirekt verbunden durch den Handel, der von Spezialisten des Kapitals betrieben wird. Was den Arbeiter interessiert, sind die Bananen, aber nicht die Bananen-Pflücker. Den Arbeiter interessieren die billigen Hemden, aber nicht die Frauen in Asien, die die Hemden nähen. Eventuell interessiert ihn der Ingenieur, der ihm Konstruktionen liefert, am ehesten interessiert ihn der studierte Ingenieur, wenn der ihm Anweisungen unterschiebt, die nicht ausgereift sind. Und so fällt es dem Arbeiter schwer, die Arbeiter anderer Unternehmen, gar anderer Länder im Blick zu haben. Im Jahre 1952 sagte ein Tiefbauarbeiter in Jena während der Frühstückspause: »Wenn keen Kriech gewesen wär', wärm mr nie nach Paris gekomm.« Er hatte Glück gehabt und überlebte. Doch die meisten blieben in der Erde, die sie

erobert hatten. Und was bekam des Soldaten Weib? Bert Brecht hat es in einer Ballade aufgelistet. Die letzte Strophe lautet: »Und was bekam des Soldaten Weib / Aus dem weiten Russenland? / Aus Rußland bekam sie den Witwenschleier, / Zu der Totenfeier den Witwenschleier, / Das bekam sie aus Russenland.«

Marx und Engels riefen »Proletarier aller Länder vereinigt euch«. Vielen Soldaten der Roten Armee war es schwer gefallen, das Feuer deutscher Arbeiter zu erwidern. Manche Rotarmisten hatten es verinnerlicht: »Proletarier aller Länder vereinigt euch – Proletarij wesech stran sojedinetjes«. Ich hatte das Glück, schon als ganz junger Bursche die Weltbürger Lessing, Herder, Goethe, Schiller kennen zu lernen, ab erstem Nachkriegsjahr. Selbst die Mädchen und Jungen meines Jahrgangs, die erst mit zwanzig Jahren oder noch später auf der Arbeiter- und Bauernfakultät lernten, hatten das Weltbürgerliche Denken am tiefsten eingräbt. Der Ruf von Marx und Engels, der die Proletarier aller Länder stärken kann, muß ihnen erst mühsam vor Augen geführt werden. Wem die zweite Bildungsstufe schon als Fünfzehnjährigem vergönnt ist hat es damit leichter. Auch die jungen Leute, die heute vorm Abitur ein Bildungsjahr im Ausland verbringen, haben es leichter. Da können wir glücklich sein, daß in Berlins proletarischem Stadtbezirken Deutsche und Ausländer einander näher gekommen sind. Weltbürgertum und proletarischer Internationalismus sind wie Geschwister.

Fortsetzung folgt

»Tolle Landschaft um dem Schwärzese«

30. August 2009, Sonntag, Wanderung im NSG Nonnenfließ - Schwärzetal

Finow/Eichhorst (bm). Unter dem Motto »Tolle Landschaft um dem Schwärzese« wandern wir vom Parkplatz am See, vorbei an der Försterei und an der Quelle der Schwärze zu einem schön gelegenen Aussichtspunkt am See. Weiter geht es vorbei an Schwarzenwerder mit einer durchschnittenen Landschaft, entstanden in der letzten Eiszeit. Wir überqueren die Schwärze und sehen rechter Hand ein Feuchtgebiet, wo der Biber sein Zuhause hat. Von hier geht es zurück zum Ausgangspunkt mit einem kleinen Ausflug zu einem Forstdenkmal.

Die 2,5-Std.-Wanderung ist etwa 6 km lang. Wanderleiter ist Hans-Jürgen Müller. Treff: Biesenthaler Straße hinter der Zufahrt zum Flugplatz Finow. Organisationsgebühr beider: Erwachsene 2 Euro, Kinder 1 Euro, Naturfreunde 0,50 Euro. Eine Woche später, am 6. September, gibt es mit Wanderleiter Hans-Jürgen Müller die »Drei-Kanal-Radtour« entlang des Werbellinkanals, des Oder-Havel-Kanals und des Finowkanals (incl. Langer Trödel). Treff in Eichhorst auf dem Parkplatz am Weg nach Groß Schönebeck. Beginn jeweils 13.30 Uhr.

Nach dem vorläufigem Stop der Seenprivatisierung:

Weitere Schritte müssen folgen

Die Ankündigung der Bodenverwertungs- und -verwaltungs-Gesellschaft (BVVG), bis zum Ende des Jahres keine weiteren Seen in Ostdeutschland mehr zu privatisieren, ist ein erster Erfolg. Allerdings müssen diesem befristeten Verkaufsstop weitere Schritte folgen. So ist auch für die bundeseigene Bundesimmobilienanstalt (BImA) ein solcher Stop notwendig.

Vor allem aber ist die neue Bundesregierung nach der Bundestagswahl gefordert, den gesetzlichen Privatisierungsauftrag ihrer bundeseigenen Gesellschaften so zu ändern, daß alle Seen, deren Gemeinwohlnutzen überwiegt, ganz von der Privatisierung ausgenommen werden. Dies haben wir Bündnisgrüne bereits im Mai mit einem Bundestagsantrag von der Bundesregierung gefordert. Und dies werden wir Bündnisgrüne auch von der neuen Bundesregierung einfordern – unabhängig davon, welche Parteien sie ab Oktober bilden werden.

Der neu gewählte Bundestag muß dann noch in diesem Jahr ein Verkaufsmoratorium



beschließen, das die weitere Ausschreibung von Seen unterbindet, bis die neuen gesetzlichen Regelungen greifen. Die Zusagen der BVVG, bis Jahresende nicht zu verkaufen, reichen mir nicht aus. Was durch öffentlichen Druck vor den Wahlen erreicht worden ist, muß nach den Wahlen durch Beschlüsse auch abgesichert werden.

CORNELIA BEHM, MdB (B90/Grüne)

Stadtbibliothek online

24 Stunden am Tag für Nutzer geöffnet

Eberswalde (prest-ew). Wir freuen uns für unsere Nutzer, daß durch die Abteilung TUIV der Stadtverwaltung die technischen Voraussetzungen geschaffen werden konnten, um dieses Projekt auf den Weg zu bringen. Seit 1. August ist es möglich, per Internet neben der brandaktuellen Medienrecherche das Nutzerkonto einzusehen, Terminverlängerungen und Vormerkungen zu veranlassen.

Und hier die Abfolge zum Einchecken ins Netz, erklärt von Sigrid Beyer, stellvertretende Leiterin der Stadtbibliothek:

»Den Zugang zum Benutzerbereich erreichen Sie über den Button Anmeldung auf der Startseite. In das Feld Benutzererkennung tragen Sie bitte die Nummer Ihres Benutzerausweises ein und eine PIN. Voreingestellt ist das Geburtsdatum in der Form JJJJMMTT. Aus Gründen der Datensicherheit bitten wir Sie, die PIN zu ändern (die PIN muß aus genau 8 Ziffern bestehen). Wenn Sie sich an einem öffentlichen Arbeitsplatz befinden, denken Sie bitte daran, sich auf jeden Fall abzumelden, wenn Sie den Arbeitsplatz verlassen.«

Hundert Prozent erneuerbare Energien?

Zu einem Streitgespräch zu diesem Thema hatte der Stadtvorstand der LINKKEN in Bernau in den Treff 23 eingeladen.

Björn Schering, Mitarbeiter des Bundestagsabgeordneten Hans-Kurt Hill, energiepolitischer Sprecher der Linksfraktion, vertrat die These, daß eine weitgehende Vollversorgung mit erneuerbaren Energien bis 2040 machbar ist und eine klimafreundliche und stabile Energiebereitstellung zu bezahlbaren Preisen garantiert. Der Klimawandel lasse keine Zeit für Experimente an Kohlekraftwerken und Atommeilern, warnte er. Das verschlinge Kapazitäten und Mittel, die besser in der Erforschung und Nutzung erneuerbarer Energien eingesetzt wären. Deshalb müsse die Weichenstellung in der Energiewirtschaft jetzt erfolgen.

Energiewende bis 2040 ist nötig und möglich

Nach aktuellen Erkenntnissen des internationalen Wissenschaftsgremiums IPCC treten die Folgen des Klimawandels schneller und dramatischer zutage, als bisher angenommen. Es sei mittlerweile unstrittig, daß die Verbrennung fossiler Brennstoffe Hauptursache für den Klimawandel ist. Deshalb sei es nicht hinnehmbar, wenn auch Industriestaaten wie Deutschland, die bereits über ausreichend Erfahrung und die Technologien für die Stromversorgung aus erneuerbaren Energien verfügen, die Kohleverstromung weiter betreiben und fördern wollen. Weitere Investitionen und Forschung in Risiko-Technologien wie die Atomkraft oder die CO₂-Verklappung führen

daher in die Irre und bremsen zudem die Anstrengungen zu erneuerbarer Energiegewinnung. Ein kommerzieller Einsatz der CO₂-Verklappung ist – wenn überhaupt beherrschbar – nicht vor 2030 zu erwarten, so der Referent. Die Technik komme dann aber für den Klimaschutz zu spät. Und: die Folgen des Klimawandels kommen uns in jedem Fall teurer zu stehen, als eine konsequente Energiewende hin zu erneuerbaren Energien, so Björn Schering.

Aufgrund des schnellen Wachstums der erneuerbaren Energien sind neue Kohlekraftwerke und Laufzeitverlängerungen bei Atomkraftwerken nicht erforderlich. Zusätzliche Grundlast-Kraftwerke bremsen sogar den nötigen Wandel in der Energiewirtschaft. Diese Grundlast könnten zukünftig Geothermie-, Wasserkraft- und Biomasse-Kraftwerke erbringen sowie Wind- und Sonnenstrom kombiniert mit hocheffizienten Erdgaskraftwerken.

Eine weitgehende Vollversorgung mit erneuerbaren Energien bis 2040 garantiert eine klimafreundliche und stabile Energiebereitstellung zu bezahlbaren Preisen.

Die erforderlichen Technologien sind vorhanden und einsetzbar. Bereits bis 2020 – also in den nächsten 10 Jahren – kann der Anteil erneuerbarer Energien nach Branchenangaben im Stromsektor auf fast 50 Prozent steigen.

Erneuerbare Energie zu teuer?

Björn Schering setzte sich auch mit der These auseinander, daß erneuerbare Energien zu teuer seien. Nach Wirtschaftsprognosen werde der Preis für Kohle, Erdgas und Öl bereits bis 2020 bis auf das 4-fache ansteigen. Dann sind

die erneuerbaren Energien die preiswertere Alternative. Schon allein deshalb sei ein Umsteuern in der Energiepolitik dringend nötig, beschrieb er den Standpunkt der linken Energiepolitiker.

Alternative Energien schaffen Arbeitsplätze

Ein konsequenter Umbau der Energiewirtschaft auf erneuerbare Energien sorgt nicht nur für eine krisensichere Versorgung aus heimischer Energie. Auch werden mehrere hunderttausend neue Arbeitsplätze geschaffen, wo hingegen in der herkömmlichen Energiewirtschaft laufend Stellen abgebaut werden.

Die Zahl der Arbeitsplätze in der klassischen Energiewirtschaft ist seit dem Jahr der Strommarkt-Liberalisierung um ein Drittel eingebrochen. Das ist ein Rückgang um 106.000 Stellen. In der der Braunkohlewirtschaft – insbesondere in Ostdeutschland – hat eine Halbierung der Arbeitsplätze stattgefunden.

In der Branche der erneuerbaren Energien arbeiten bereits jetzt 280.000 Beschäftigte. Im Maschinen- und Anlagenbau für die Branche entstehen Jahr für Jahr 30.000 Arbeitsplätze im Exportland Deutschland. Die Branche boomt und trotz der Krise. Die Auftragsbücher für Windkraftanlagen sind mit internationalen Aufträgen über Jahre gefüllt. Bis 2020 können in dieser Branche rund 300.000 neue Arbeitsplätze entstehen. Auch aus beschäftigungspolitischer Sicht ist deshalb die Energiewende ein Muß, erklärte der Fachmann.

1939 - Als der große Krieg geboren wurde

Kriege brechen nicht aus. Sie werden geboren und wachsen. Sie haben Mütter und Väter, die sie pflegen und hegen, bis sie groß sind. Sie brauchen Nahrung und ein freundliches Umfeld, sonst sterben sie vorzeitig. Solange sie klein sind, nennt man sie Konflikte, in der Pubertät Krisen. Ihren richtigen Namen darf man nicht nennen, bis sie erwachsen sind. Denn sie haben Feinde: Vernunft und Wahrheit.

Teil 1: Der Vorkrieg

Nicht um den Krieg soll es in dieser Betrachtung gehen, sondern um den Weg in den Krieg, um die Zeit, in der er vorbereitet wurde und hätte verhindert werden können. Wann begannen die beiden Weltkriege – im August 1914 nach dem Attentat von Sarajewo, im September 1939 mit dem Überfall auf Polen? So die Konvention der Historiker. Doch vorausgingen dem ersten Krieg der schwelende Konflikt um das 1908 von Österreich-Ungarn annektierte Bosnien, die beiden Marokko-Krisen, die Eroberung des türkisch beherrschten Libyen durch die Italiener (1911/12), die beiden Balkankriege von 1912/13. Hinter all dem standen die Interessen der europäischen Großmächte, ihrer Banken und Waffenproduzenten. Der ganz große Krieg, in den sie sich dann selbst verstrickten, war so von keiner Seite beabsichtigt, aber letztlich logische Konsequenz einer Politik, die nur dem Interesse des Kapitals, nicht dem der Völker diene.

Weltkrieg Nummer zwei erwuchs aus den ungelösten Problemen, die der erste hinterließ, und aus den tiefen Krisen, die die Welt des Kapitals erschütterten. Da waren die Revanchepolitiker in den besiegten Ländern – Deutschland und Ungarn – und nicht zuletzt diejenigen, die ihrem durch die russische Revolution verlorenen Besitz nachtrauerten. Auch sie träumten von Revanche. Ironischerweise fanden die Deutschen einen Verbündeten in ihrem Kampf gegen das »System Versailles« – damals noch ohne den deutschen Faschismus – in der jungen UdSSR. Das war eine Zwangsfreundschaft, schon damals in Rapallo (1923). Der Westen hatte der Sowjetrepublik auch nach Ende der Intervention die kalte Schulter gezeigt und wenig Zweifel gelassen, daß seine Abrechnung mit der Oktoberrevolution nur aufgeschoben war. Also verbündeten sich die zwei Outlaws der europäischen Politik. Außerdem hatte man in Moskau noch das Problem mit den von Bjelorussen und Ukrainern besiedelten Gebieten, von Polen gewaltsam im Friedensvertrag von Riga (1920) einverleibt. Das war ein Zwangsfrieden nach dem Muster Brest-Litowsk, zustande gekommen mit Unterstützung vor allem Frankreichs (die Unterwerfung des ukrainischen Ostgalizien unter Polen war ein französisches Projekt, das 1919 von den Briten anfangs noch bekämpft worden war – nicht zufällig trägt die Sprachgrenze zwischen Polen einerseits, Bjelorussen und Ukrainern andererseits den Namen des damaligen britischen Außenministers Curzon). Nicht nur Moskau, vor allem die Ukrainer – die pro- wie die antisowjetischen – waren nicht bereit, diese

Teilung der Ukraine als endgültig hinzunehmen [1]. Sie widersprach dem Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Nationen, seit dem Friedensprogramm des US-Präsidenten Wilson angeblich ein Glaubensartikel der westlichen Demokratien, das aber bereits zuvor einen Kernpunkt von Lenins »Dekret über den Frieden« bildete [1]. Dann war da noch Litauen. Es hatte zwar das Memelland erhalten, nicht aber das ebenfalls überwiegend litauisch besiedelte Wilna-Gebiet. Das war an Polen gefallen. Folglich war Litauens Haltung ambivalent: Wer versprach mehr – Deutsche oder Russen? Auf allen Seiten blieben also Rechnungen offen. Sie kamen auf den Tisch, als der Kollaps der kapitalistischen Wirtschaft die Garantiemächte der Versailler Ordnung in Schwierigkeiten stürzte.

Die Japaner nutzten das Handicap der Großen zu schrankenloser Expansion (siehe Chronik). Bald folgten die italienischen Faschisten. Japan wie Italien, an der Seite der Entente »Gewinner« von 1914/18, hatten von der Beute nur Häppchen abbekommen. Sie wollten den ganzen Braten und wechselten die Seite: Vorherrschaft im Pazifik bzw. im Mittelmeer und Teilen Afrikas war nur gegen den Widerstand der USA und Englands zu haben. Nachdem sich Hitlerdeutschland zum Chef der Räuberbande entwickelt hatte, bildete sich eine merkwürdige Dreierkonstellation heraus: der faschistische »Block«, die drei westlichen Großmächte und die von beiden gehaßte Sowjetunion, die das Spiel beider Seiten störte. Die Konservativen Frankreichs und Englands und ihre rechtssozialistischen Verbündeten hätten gern die Achsenmächte gegen die Sowjetunion gelenkt, statt sich mit ihnen anzulegen. Nur erwies sich deren Appetit als unstillbar und unkontrollierbar. Die Westmächte gaben jedenfalls eine Position nach der anderen auf – am folgenreichsten mit dem Münchener Abkommen – und erreichten doch keine Sicherung ihres verbliebenen Einflusbereichs. Nach der Besetzung der Rest-Tschechei durch die deutschen Faschisten wurde Premier Chamberlain von den empörten Briten gezwungen, ernsthaft gegen die Aggressoren vorzugehen. Nun begann ein merkwürdiges diplomatisches Karussell. Mit dem Ziel einer »Nichtangriffskoalition« begannen die Briten Verhandlungen mit Paris, Warschau und Moskau. Die wichtigsten – mit der UdSSR – scheiterten an zwei Aspekten. A) Die UdSSR gewann für ihren Teil keine Sicherheit, wenn sie sich zur Unterstützung der anderen verpflichtete. »Rußland sollte eingreifen, wenn man es brauchte,

und nur, soweit man es brauchte. Es sollte eine Ordnung verteidigen helfen, welche 1919 auf seine Kosten entstanden war, die ... Ordnung von Brest-Litowsk« (Golo Mann; [2]). Rußland brauchte Frieden und hätte Krieg bekommen. Aber wirksame militärische Unterstützung hatten die Westmächte nicht zu bieten. B) Das polnische Regime war zur Zusammenarbeit mit der UdSSR nicht bereit. Es hatte den Durchzug sowjetischer Truppen zugunsten der Tschechoslowakei verweigert, es verweigerte auch deren Hilfe, falls es selbst angegriffen würde. Und: es hätte Geraubtes zurückgeben müssen, auch an die Tschechen. Als die Verhandlungen noch liefen, machte England ein Angebot – an Hitler. Sir Horace Wilson, Chamberlains rechte Hand, schlug Mitte Juli dem deutschen Diplomaten Wohlthat einen Nichtangriffsvertrag vor. »Ferner sollte ein Nichteinmischungsvertrag geschlossen werden, der gewissemaßen das Deckblatt für eine Abgrenzung der Interessensphären ... abgeben sollte«, berichtete der deutsche Botschafter in London, von Dirksen [3]. Der »Abschluß einer deutsch-englischen Entente« könnte »die englische Garantienpolitik sachlich hinfällig machen... Dann wären die Polen gewissemaßen mit Deutschland allein gelassen«, meinte Chamberlains Kabinettschef.

Parallel zu diesen Verhandlungssträngen liefen geheime, vielleicht von Reichswehrmilitärs inspirierte deutsch-sowjetische Kontakte, über die wenig bekannt ist. Stalin nahm, was die UdSSR nötig hatte: Aufschub des Krieges, den er kommen sah. Am 23. August wurde der Nichtangriffsvertrag unterzeichnet. Golo Mann: »Das Äußerste, was man von Rußland im August 39 sagen kann, ist, daß es Hitlers Krieg in diesem Moment ermöglicht hat. Verursacht hat es ihn nicht.«

Nicht verursacht? Aber ermöglicht? Betrachten wir in Teil 2 den »Hitler-Stalin-Pakt«.

ROLF RICHTER,

Bündnis für den Frieden Eberswalde

Anmerkungen

[1] B. E. STEIN, Die »russische Frage« auf der Pariser Friedenskonferenz 1919-1920. Leipzig 1953. Darin (S. 10) wird das »Dekret über den Frieden« zitiert: »Unter Annexion oder Aneignung fremder Gebiete versteht die Regierung ... jede Angliederung einer kleinen oder schwachen Nation an einen großen oder mächtigen Staat, wenn diese Nation nicht klar, deutlich und freiwillig ihr Einverständnis und ihren Willen zum Ausdruck bringt...« Als Ostgalizien polnischer »Verwaltung« unterstellt wurde, war den Ukrainern ein Volksentscheid versprochen worden, der aber nie stattfand.

[2] Golo MANN, Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Frankfurt/M. 1992.

[3] Das Archiv Dirksens (1938-1939). In: Dokumente und Materialien aus der Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges (Hrsg. Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR), Bd. II. Moskau 1949.

Der 2. Weltkrieg. Chronik seiner Vorgeschichte

	Europa	Übrige Welt
1931		Sep Japan besetzt die Mandschurei
1932		Feb Marionettenstaat Mandschukuo
1933	Jan Hitler deutscher Reichskanzler Mai-Sep Moskau bricht Zusammenarbeit mit Reichswehr auf UdSSR-Gebiet ab	
1934	Jan Dt.: Nichtangriffspakt mit Polen Dez UdSSR: Kirow in Leningrad ermordet. Sinowjew, Kamenew u.a. verhaftet	
1935	März Offene deutsche Aufrüstung Mai Beistandspakte der UdSSR mit Frankreich und CSR	März China: »Langer Marsch« der Roten Armee unter Mao nach Norden (bis 1937) Jun Japan besetzt Nordchina Okt Italien überfällt Abessinien
1936	Feb Wahlsieg der Volksfront in Spanien März Rheinlandbesetzung Mai/Juni Volksfrontregierung in Frankreich Juli Deutschland erkennt vertraglich Unabhängigkeit u. Neutralität Österreichs an. Juli Franco-Putsch in Spanien mit Unterstützung Deutschlands u. Italiens (18. 7.) Aug UdSSR: 1. Moskauer Prozeß (Trotzkist. Zentrum; 16 Todesurteile) Okt Pakt Dt-Italien (»Achse Berlin-Rom«)	März Beistandspakt UdSSR-Mongolei Mai Italiener besetzen Addis Abeba Nov »Antikomintern«-Pakt Dt.-Japan. Erweiterung: Italien (11/37), Ungarn, Mandschukuo (2/39), Spanien (3/39) Dez China: Tschiang-Kaischek von Teilen der Armee festgesetzt, zum Waffenstillstand mit den Kommunisten und zum Kampf gegen Japan gezwungen (»Hsianer Zwischenfall«)
1937	Jan UdSSR: 2. Moskauer Prozeß (»Reservezentrum«, u.a. Radek) Mai UdSSR: Marschall Tuchatschewski u.a. führende Militärs der Roten Armee verhaftet. Okt UdSSR: Ende der »Nichteinmischung« Militärlieferung für spanische Republik	Juli Japan überfällt China Aug Abkommen UdSSR-China Sep Antijapanische Einheitsfront von Guomindang u. Kommunisten
1938	Jan/Feb Dt.: Wehrmachtsführung abgelöst. Kabinettsumbild.: Außenmin. von Ribbentrop März »Anschluß« Österreichs (12. 3.) März 3. Moskauer Prozeß (u.a. Bucharin) Mai Dt.: »Fall Grün« (CSR). Mai CSR: Teilmobilisierung, Grenzstellungen besetzt Juli Dt.: Halder statt Beck Generalstabschef Sep UdSSR bietet CSR Hilfe an (20.9.) Sep Münchener Abkommen Dt.-Ital.-GB-Frkr. (29.) Okt Annexion der »Sudetenländer« (1.10.)	Juli Freundschaftspakt UdSSR-China Juli/Aug UdSSR: Jap. Angriffe auf sowj. Grenzgebiet nahe Wladiwostok werden abgewiesen
1939	März Dt. besetzt Rest-Tschechei. Slowakei als Satellitenstaat »unabhängig« März Fall von Madrid (28. 3.) Apr GB, Frkr: Garantien für Polen, Griechenland, Rumänien Apr Italien besetzt Albanien Mai Weisung »Fall Weiß« (Polen) Mai UdSSR: Molotow Außenminister (5. 5.) Mai Militärpakt Dt-Ital (»Stahlpakt«, 22. 5.) Mai/Juli Verhandlungen UdSSR-Westmächte Mai/Juli GB-Botschafter Henderson (Berlin), Wohlthat-Wilson (London): Sondierungen zu Nichtangriffspakt GB - Dt Aug Militärverhandlungen mit Westmächten scheitern (12.-21. 8.) Aug Nichtangriffspakt UdSSR-Deutschland (»Hitler-Stalin-Pakt«, 23. 8.) Sep Deutschland überfällt Polen (1.-18. 9.) Sep Kriegserklärung Frankr. u. GB (3. 9.) Sep Poln. Regierung geht ins Exil (17. 9.) Sep UdSSR besetzt Westukraine u. Westbjelorußland (17.-26. 9.), dabei im Raum Lemberg heftige deutsch-russische Zusammenstöße Sep Kapitulation Warschaus (27. 9.) und des Marinestützpunktes Hel (2. 10.) Sep Dt.-UdSSR: Grenz- u. Freundschaftsvertrag (28. 9.) Okt Frkr.: Poln. Exilregierung Sikorski (6.10.)	Mai/Juli Japan überfällt Mongolei. Schwere Kämpfe mit sowj.-mongolischen Truppen Aug Offensive sowjetisch-mongolischer Truppen am Chalchin-Gol (ab 20.8.) endet am 28.8. mit japanischer Niederlage

Kein Pardon

Aufständische, Guerilla, Partisanen – alle, die gegen Obrigkeiten aufbegehren, der herrschenden Gewalt mit bewaffnetem Widerstand begegnen – können derzeit im Falle ihres Scheiterns kaum mit Pardon rechnen. Problemlösungen durch Verhandlungen sind aus der Mode. Was Weltsheriff USA seit dem 11. September 2001 vormachte, findet immer mehr Nachahmer.

Das Jahr 2009 begann mit dem selbst für Nahost-Verhältnisse besonders brutalen Krieg Israels gegen die Zivilbevölkerung des palästinensischen Gazastreifens.

Der Sieg der Regierungstruppen in Sri Lanka über die tamilischen Befreiungstiger (LTTE) im Mai endete mit dem Massaker an den auf wenige Quadratmeter zusammengedrängten Resten der Aufständischen und der Ermordung der LTTE-Führung. Von Rücksichtnahme gegenüber Zivilisten keine Spur.

Als Ende Juli im Norden Nigerias eine Revolte von »Islamisten« gegen die Regierung ausbrach, wurde auch diese schnell und blutig unterdrückt. Unter den 800 Toten sind zahlreiche unbeteiligte Zivilisten. Die meisten der rund 300 getöteten Aufständischen wurden »auf der Flucht erschossen«, der gefangengenommene Anführer im Gefängnis ermordet.

Dem Trend, kein Pardon zu gewähren, folgte nun auch das BRD-Kriegsministerium. Minister Franz-Josef Jung unterschrieb die neue »Taschenkarte«, in der die Einsatzregeln für die Bundeswehrsoldaten in Afghanistan festgeschrieben sind. Ab sofort dürfen unsere Vaterlandsverteidiger am Hindukusch auch auf flüchtende Angreifer schießen. Ungestraft losgeballert werden darf auch auf jene, von denen die gestreßten und verängstigten Soldaten glauben, daß ein Angriff von ihnen drohe. Der neue »Schießbefehl« erfaßt nun auch Personen oder Fahrzeuge, die sich – aus welchen Gründen auch immer – Kontrollen entziehen wollen. Von Humanitätsgedusel geprägte Diskussionen, wie nach der Erschießung einer Frau und zweier Kinder durch Bundeswehrsoldaten vor einem Jahr oder der Tötung eines Jugendlichen vor einem Monat, sollten nunmehr der Vergangenheit angehören.

Im Fall der Frau und der beiden Kinder stellte die Staatsanwaltschaft die aufgenommenen Ermittlungen ohnehin nach neun Monaten ein. Auch im Falle des Jugendlichen bestreiten verantwortliche Stellen eine Schuld der Bundeswehr.

Tucholskis »Soldaten sind Mörder« darf man übrigens weiterhin nicht zitieren.

GERD MARKMANN

Beratung für Kriegsdienstverweigerer

mit Thomas Lehmann

im Begegnungszentrum »Wege zur Gewaltfreiheit«,
16225 Eberswalde, Brautstraße 34, Tel. 03334/22398

Zum 65. Todestag von Ernst Thälmann

Thälmanns Ideale sind heute noch aktuell

von Alfred Schmidt

Am 18. August jährte sich der 65. Todestag der feigen Ermordung von Ernst Thälmann durch die Faschisten im KZ Buchenwald. Unbeugsam hat Ernst Thälmann zu seinen Idealen und seiner Weltanschauung gestanden. Die Geschichte hat den Beweis geliefert, daß nach Hitlers Machtantritt das deutsche Volk und die Völker Europas in einen nutzlosen Krieg gezwungen wurden. Die Werte und Ideale, für die Ernst Thälmann eintrat, sind heute noch Probleme in unserer Gesellschaft.

Wie die Regierung des Landes Brandenburg zur Geschichte steht, beweist der Verkauf der Liegenschaft der Thälmanngedenkstätte in Ziegenhals. Es stellt sich die Frage, welche politischen Wurzeln diese heutige SPD eigentlich noch hat, wenn sie tatenlos zusieht, wie derartige Gedenkstätten platt gemacht werden. Proteste gegen diese Art der Geschichtsbewältigung werden nicht zur Kenntnis genommen. Sie werden einfach übergangen. Ist es doch eine arrogante Haltung unseres Parlaments, eine Art der Geschichtsbewältigung, die den Faschismus nur selektiv verurteilt. Ein Ausdruck von Siegerjustiz, wie sie ja auch am Beispiel des Abrisses des Palastes der Republik bereits mit Erfolg praktiziert worden ist.

KZ-Gedenktafel

Eberswalde (prest-ew/bbp). Im Herbst 2009 ist geplant, an den Baracken des ehemaligen Außenlagers des KZ Ravensbrück in Eberswalde-Eisenspalterei eine Gedenktafel anzubringen. In der Meldung der Pressestelle der Stadt Eberswalde heißt es, daß dort »1944/45 Zwangsarbeiter verschiedenster Nationen untergebracht waren«. Der Eberswalder Metallbildhauer Eckhard Herrmann wird die Tafel umsetzen.

Günter Grass in Eberswalde

Eberswalde (bbp). In einer Lesereise durch die neuen Bundesländer macht der 81-jährige Nobelpreisträger Günter Grass am 9. September auf Einladung des SPD-Bundestagskandidaten Markus Meckel in Eberswalde Station. Im Saal des Kreishauses auf dem ehemaligen Pavillonplatz wird Grass unter anderem aus seinem kürzlich veröffentlichten erzählerischen Tagebuch von 1990 »Unterwegs von Deutschland nach Deutschland« lesen.

Die Zeit nach 1945 brachte zumindest auf einem Teil Deutschlands die Möglichkeit, Thälmanns geschichtliche Vision umzusetzen. 44 Jahre friedliche Entwicklung, Macht der Arbeiter und Bauern im Bündnis mit den anderen Klassen und Schichten in der DDR sind letztlich daran gescheitert, daß soziale Sicherheit, ein gesicherter Arbeitsplatz, gesicherte Vorschulerziehung der Kinder und gleiche Bildungschancen für alle, dem Streben nach Reisefreiheit und der Illusion von mehr Demokratie, weniger Staat und Bürokratie im System der sog. »Sozialen Marktwirtschaft« zum Opfer fielen.

Als das Volk der DDR in ihren Montagsdemonstrationen den Ruf »wir sind das Volk« als Losung verwendete, war den wenigsten klar, daß sie nach dem Anschluß an die Bundesrepublik Deutschland alles, was von ihnen schon als selbstverständlich wahrgenommen worden ist, verlieren werden. Die versprochenen »blühenden Landschaften« sind für einige Grundstücksspekulanten entstanden, die mehrheitlich aus den alten Bundesländern zu uns kamen und sich mit Hilfe der Treuhandgesellschaft Land und Betriebe unter den Nagel gerissen haben. Sicher haben auch einige Ostdeutsche, die sich auf das Geschäftemachen verstanden, die Gunst der Stunde genutzt, und führen heute ein sehr zufriedenes Leben. Die Masse das Menschen jedoch lebt in der Angst um den Verlust ihres Arbeitsplatzes, damit verbundener sozialer Ausgrenzung und einem Umfeld, welches sich nur noch auf sich selbst bezogen sieht, und ist den Aktionen skrupelloser Geschäftemacher gnadenlos ausgesetzt. Perspektivlosigkeit der Jugend, Existenzangst, wachsende Kriminalität sind die Ergebnisse dieser friedlichen Revolution. Soziale Ausgrenzung von Menschengruppen, die redlich nach den Maßstäben ihres Landes und deren Verfassung gelebt und gearbeitet haben, sind an der Tagesordnung. Sogenannte Revolutionären, die als Andersdenkende diesen Prozeß gefördert haben, wird, wie es nicht anders sein kann, nun alle nur mögliche Unterstützung zuteil, sie erhalten Posten und gesicherte Einkommen, waren sie es doch, die durch ihr Wirken die Verteilung des Marktes und der Betriebe der DDR erst möglich machten.

Statt den ersehnten Abbau von Bürokratie und Verwaltung zu erleben, stehen wir heute einem unberechenbaren Monster von Verwaltungsvorschriften und Steuergesetzen gegenüber, welches für den Einzelnen ein unüber-

windbares Hindernis darstellt, ihn gläsern macht und in seinen Persönlichkeitsrechten unter den Deckmantel der Bekämpfung des Terrorismus (Andersdenkender) zum Freiwild für Verfassungsschutz und Überwachungsstaat werden läßt.

Wie es um unsere Demokratie bestellt ist, zeigt doch die Weigerung der Bundesregierung, Volksabstimmungen zum Lissabonvertrag durchzuführen. Die EU wird mehr und mehr ein Instrument zur Optimierung der Handlungsspielräume der Banken und Konzerne, deren nationaler Aktionsrahmen inzwischen zu klein geworden ist. Wie geschickt das Finanzkapital die Lasten der Krise auf die Bevölkerung abwälzen kann, zeigen die Entscheidungen unserer Bundesregierung mit ihrem Bankenrettungsprogramm.

Wenn es dieser Staat mit den Menschenrechten ernst meinen würde, wären nicht Tausende Bundeswehrsoldaten in Afghanistan und anderen Orten im Einsatz, um Marionettenregierungen zu stärken, um eine USA-gefällige Politik in diesen Ländern zu machen und den Interessen der dahinter stehenden Monopolen nach billigen Rohstoff- und Energiequellen Unterstützung zu bieten. Zeigen doch die jüngsten Ereignisse in dieser Region, daß sich nicht das ganze Volk kaufen läßt und die Gegenwehr zu der Marionettenregierung einsetzt.

So sehr ich auch Terrorismus, überhaupt Gewalt als ein Mittel der Politik verurteile, stelle ich die Frage, welche Aufgabe die Bundeswehr zur Verteidigung der Interessen Deutschlands dort zu erfüllen hat. Hat Deutschland aus den letzten beiden Kriegen nichts gelernt, um sich erneut an solchen völkerrechtswidrigen Kriegshandlungen zu beteiligen.

Die Gier nach Macht und Weltherrschaft kann nicht die Kriegsführung als Maßnahme zur angeblichen Sicherung von Demokratie und Schutz der Menschenrechte sowie Souveränität und Selbstbestimmung eines Landes glaubhaft machen. Es wird Zeit, daß diese Bundesregierung endlich aufhört, die Söhne und Töchter unseres Landes für derartige Interessen zu opfert.




Chance für Kinder suchtkranker Mütter

»Haus Magnolia« ausgezeichnetes Demografie-Projekt

Klosterfelde (prest-land). Best-practice-Projekt des Monats Juni für innovative Ansätze im Umgang mit dem demografischen Wandel ist das in Klosterfelde bei Wandlitz gelegene »Haus Magnolia«. Dort werden abhängigkeitskranke Mütter gemeinsam mit ihren Kindern betreut. Es ist damit das sechste ausgezeichnete Projekt auf dem Marktplatz der Möglichkeiten, mit dem die Staatskanzlei unter www.demografie.brandenburg.de ein Forum für kreative Ideen zum demografischen Wandel anbietet.

»Durch sinkende Geburtenzahlen führt uns der demografische Wandel die Verantwortung für jedes einzelne Kind vor Augen. Wir dürfen und können keine Kinder zurücklassen, sondern müssen insbesondere benachteiligten Kindern eine Chance zur Teilhabe an unserer Gesellschaft ermöglichen«, begründet Staatssekretär Clemens Appel, Chef der Staatskanzlei Brandenburg, die Auswahlentscheidung. Diesem Leitgedanken komme das »Haus Magnolia« besonders nahe, denn hier werden Kinder zusammen mit ihren meist alkoholabhängigen Müttern aufgenommen und therapeutisch behandelt. Nur etwa ein Drittel dieser Kinder geht ohne Hilfe ver-

gleichsweise unbeschadet aus der Kindheit in einer Suchtfamilie hervor. In dem vom »Hiram Haus« als Träger der Suchtkrankenhilfe im vergangenen Jahr eröffneten »Haus Magnolia« erhalten sie die Chance, Entwicklungsverzögerungen aufzuholen und wieder Vertrauen zu gewinnen. Dies sei der erste Schritt, um diesen Kindern einen Anschluß an Gleichaltrige zu ermöglichen und ihnen durch das Erreichen von Kita- und Schulauglichkeit, Schul- und Ausbildungsabschlüssen eine Grundlage für ihr späteres Leben zu geben, so Appel. Für die betroffenen Mütter ist »Haus Magnolia« oft eine letzte Gelegenheit, dem suchtgeprägten Leben zu entrinnen. Wie Projektleiter Stefan Böhmer betont, bedeutet der maximal dreijährige Aufenthalt für deren Kinder dahingehend eine erste Chance im Leben überhaupt.

Daß es sich bei Kindern suchtkranker Eltern um kein gesellschaftliches Randphänomen handelt, belegt eine vom Bundesgesundheitsministerium 2007 in Auftrag gegebene Studie, nach der in Deutschland schätzungsweise jedes fünfte Kind in einer suchtbelasteten Familie aufwächst.

Humorvolle Holzskulpturen

Der Holzgestalter Sven Ahlhelm aus Trampe stellt in der Maria-Magdalenen-Kirche aus. Seit dem 2. August sind humorvolle Skulpturen und Objekte aus Holz zu sehen. Da bevölkern kleine, grob gearbeitete Figuren thronartige Stühle und machen unkonventionell deutlich, was Besitzungen sind. Auch werden Fundstücke aus dem Wald Figuren zeigen, die in ihnen stecken. Dazu hat Sven Ahlhelm ihnen Köpfe, Hände und Füße geschnitzt. Die entstandenen Wesen treiben sich nun für sechs Wochen in den Seitenschiffen der Kirche herum und kommen so, wie sie sind in der Kirche offene Türen. Genauso wird es auch allen gehen, die ihnen folgen und dienstags bis sonnabends in der Zeit von 10-16 Uhr oder sonntags von 14-16 Uhr die Kirche aufsuchen. Aber auch die, die sonntags vormittags unsere Gottesdienste besuchen, werden gern von 10 Uhr an in der Kirche Einlaß und Aufnahme finden und sicher vor oder nach dem Gottesdienst auch Gelegenheit haben, die Ausstellung zu sehen. Die kleinen Figuren werden noch bis zum 15. September in der Maria-Magdalenen-Kirche zu sehen sein.

HANNS-PETER GIERING

Woche der Begegnungen 2009

Interkulturelle Tage im Landkreis Barnim

16. August - 13. September: Jüdische Woche(n) im Landkreis Barnim. Veranstaltet durch: Jüdische Gemeinde Barnim e.V. und Integrationsverein »Diamant« e.V.; Weitere Informationen erhalten Sie unter: 0 33 38 / 70 85 931 oder direkt bei der Jüdischen Gemeinde, Oranienburger Straße 10a, Bernau.

15. August - 29. September: »Fremde Nachbarn«, Fotoausstellung über die Lebenssituation ehemaliger vietnamesischer Vertragsarbeiter/innen. Ort: Foyer des Paul-Wunderlich-Hauses, Am Markt 1, 16225 Eberswalde. Veranstaltet durch: Beirat für Migration und Integration.

17. September, 19 Uhr: Filmabend: »89 Millimeter«, Ein mutiger Film aus Weißrussland über mutige junge Menschen in einem Land, das nach Freiheit sucht. Ort: Stadtteilzentrum Bernau-Süd, Merkurstr. 17, 16321 Bernau. Veranstaltet durch: Diakoniewerk Barnim gGmbH Migrationsberatungsstelle und Stadtteilzentrum Bernau-Süd.

19. September, 15 Uhr: Alte und neue russische Schlager. Im Brandenburgischen Viertel haben sich Migranten zu einer Band zusammengeslossen und präsentieren einen ihrer ersten öffentlichen Auftritte mit Schlagern aus Rußland zum Hören, Mitsingen oder Tanzen. Ort: Dietrich-Bonhoeffer-Haus, Potsdamer Allee 35, 16227 Eberswalde. Veranstaltet durch: Evangelische Kirchengemeinde Finow.

19. September, 13-17 Uhr: 7. Internationales Kinderfest. Mitmach-Angebote und Informationen rund um die Kinderrechte, Spiele aus aller Welt, internationale Küche, Trommelworkshop, Knüppelkuchenbacken, Basteln und Schmin-

ken, sportliche Aktivitäten, Angebote der Pfadfinder, Puppenbühne der Polizei u.w. Programm auf der Kleinbühne: Gregor-Wollny-Stunt-Schau, »Quer durch die Welt«, ein Theaterstück der Kita, »Sonnenschein«, Kinderchor des »Kontakt« Eberswalde e.V. unter Beteiligung verschiedenster Träger der Kinder-, Jugend- und Migrationsarbeit in Eberswalde und Umgebung. Ort: Familiengarten, Am Alten Walzwerk, 16227 Ebw.

20. September, 17 Uhr: Rosch ha - Schana - Jüdisches Neujahrsfest (Beginn des Jahres 5770 der jüd. Zeitrechnung). Teilnahme nach Anmeldung per Post oder per Telefon. Ort: Oranienburger Str. 10 A, 16321 Bernau. Veranstaltet durch: Jüdische Gemeinde, Landkreis Barnim.

24. September, 19 Uhr: Interreligiöser Dialog. Ein Gespräch zwischen Vertretern verschiedener Weltreligionen, moderiert von Pfarrer Rudi Pahnke aus Berlin. Ort: Maria-Magdalenen-Kirche, Kirchstraße, 16225 Eberswalde. Veranstaltet durch: Evangelische Stadtkirchengemeinde Eberswalde.

27. September, 9.15 Uhr: Gottesdienst zur Woche. Lieder, Texte und Aktionen zum Problem der Gutscheine für Asylbewerber/innen im Landkreis Barnim. Ort: Dietrich-Bonhoeffer-Haus, Potsdamer Allee 35, 16227 Eberswalde. Veranstaltet durch: Evangelische Kirche Finow.

30. September, 15 Uhr: Lesung »Lebensgeschichten«. Lebensgeschichten von Senioren/innen in deutscher und russischer Sprache. Ort: Dietrich-Bonhoeffer-Haus, Potsdamer Allee 35, 16227 Eberswalde. Veranstaltet durch: Diakoniewerk Barnim gGmbH- Migrationsberatungsst.

1. Oktober 18 Uhr: Tischtennisturnier für Männer. Begegnung, Gespräche, gemeinsames

Abendbrot. Ort: Stadtteilzentrum Bernau-Süd, Merkurstr. 17a, 16321 Bernau. Veranstaltet durch: Diakoniewerk Barnim gGmbH- Migrationsberatungsstelle / »M und M«- Männertreff und Stadtteilzentrum Bernau-Süd.

2. Oktober, 19 Uhr: Wo liegt Kurdistan? Themenabend zu Fluchtursachen und zum Umgang mit Flüchtlingen. Szenischer Monolog: »Der Auftrag« mit Karzan Mehmud aus Lübeck und anschließender Diskussion. Ort: Tobias-Seiler-Saal, Kirchplatz 10, 16321 Bernau.

3. OKTOBER — TAG DES FLÜCHTLINGS Mit Menschenrechten darf man nicht spielen!

3. Oktober, 21 Uhr: Afrikanischer Abend. Mit traditionellen Tänzen u.a. Ort: Palanca e.V., Coppistraße 1-3, 16227 Eberswalde. Veranstalter: Afrikanischen Kulturverein. Eintritt. 2,50 Euro.

5. Oktober, 15 Uhr: Exkursion für Migranten/innen. Fahrt nach Lobetal – Führung durch die Einrichtungen der Hoffnungstaler Anstalten. Ort: Seniorenwohnpark Lobetal »Am Kirschberg«. Veranstaltet durch: Diakoniewerk Barnim gGmbH - Migrationsberatungsstelle und Hoffnungstaler Anstalten Lobetal.

9. Oktober, 10 - 18 Uhr: Tag der Offenen Tür. Mit verschiedenen Workshops und Projekten zum Mitmachen (Schach, Vorlesen, Puppenspiel, Kochen, Essen, Trinken und Gesprächen), Film-nachmittag »Ulzhan — Das vergessene Licht«, ein Film über die Weite Kasachstans und die Suche nach dem Sinn des Lebens und Sterbens. Ort: Kontakt Eberswalde e. V., Havellandstraße 15, 16227 Eberswalde.

Auskunft über Büro der Beauftragten für Migration und Integration des Landkreises Barnim, Marieta Böttger, Telefon (03334) 214 1320

Holz 10 – Holzbilder und Bäume

Es ist zu einer guten Tradition geworden, daß die »Holzwürmer« des Kunstvereins in der Zainhammer Mühle in einer Gemeinschaftsausstellung ihre Werke präsentieren. In diesem Jahr stellen 13 Holzkünstler und 2 Maler bereits zum zehntenmal Geschnitztes, Gedrehtes, Figürliches und Gemaltes aus. Dabei darf man gespannt sein, was in der nun wieder nutzbaren Werkstatt und auch in so manchem »Kämmerlein« in der Zwischenzeit entstanden ist. Neue Künstler mit neuen Handschriften sind dem Verein beigetreten, aber auch die alten »Hasen« sind wieder sehr aktiv gewesen.

Gerade bei Studenten der Fachhochschule ist die Mühle mit den Möglichkeiten in einer Holzwerkstatt aktiv zu arbeiten, ein Geheimtip. Können doch gelernte Abläufe und Materialkenntnisse in der Praxis erprobt, handwerkliche Fähigkeiten verfeinert und auch einmal außergewöhnliche Experimente in den Räumen der Mühle gewagt werden.

Die Ausstellung ist noch bis zum 6. September jeweils samstags und sonntags zwischen 14.30 und 18 Uhr sowie nach telefonischer Absprache (03334 65527) geöffnet.

Veronika Brodmann, Die Mühle e.V.

Mit dem Fahrrad entlang der »Uckermarkleitung«

Die Naturfreunde Oberbarnim-Oderland/ »Die Wanderfalken« e.V. organisieren eine Fahrradtour durch die Schorfheide, die sich vor allem am Verlauf der geplanten 380-kV-Freileitungstrasse von Eberswalde nach Angermünde orientiert. Hier kann sich jeder ein Bild davon machen, was es bedeutet, wenn die Vattenfallplanung realisiert wird.

Treffpunkt ist am 19. September um 13.30 Uhr der Vorplatz am Bahnhof Eberswalde.

Zunächst geht es am Finowkanal entlang nach Finow und zum Brandenburgischen Viertel, zwei Ortsteile, die besonders stark durch die Trasse betroffen sind. Danach geht es über Lichterfelde ins Biosphärenreservat nach Golzow und Senftenhütte. Durch das Zithener

Seebruch führt der Weg nach Schmargendorf und schließlich nach Angermünde.

Die Route ist so gewählt, daß die neuralgischsten Punkte dieser Trasse sichtbar werden: Die Querung Eberswaldes und die Überspannung des Biosphärenreservats Schorfheide - Chorin. Immer wieder fällt der Blick auf die »Trassenlandschaft«, aber auch auf die herrliche Landschaft der Schorfheide. Für die Tour sind ca. 3 Stunden (Fahrzeit) veranschlagt. Von Angermünde geht es mit der Bahn zurück (je nach Ankunft um 16.33 Uhr oder 17.34 Uhr). Teilnahmegebühr zzgl. Bahnfahrkarte: 3 Euro, Kinder 1 Euro, NaturFreunde 0.50 Euro.

HARTMUT LINDNER,

BI »Biosphäre unter Strom«

Anzeige



**Ferienwohnungen
in Carwitz**
Manfred Fleege
Carwitzer Straße 26
17258 Feldberger Seenlandschaft
Tel. 039831/52943, Fax: 039831/22148

**Gedenken an die Opfer des Faschismus
Sonntag, 13. September, 10 Uhr
Eberswalde, Karl-Marx-Platz
Kranzniederlegung am OdF-Denkmal**

Malerei und Graphik

Sandra Rienacker

Ausstellung vom 8. Juli bis 24. September
Kleine Galerie Stadt Eberswalde im Sparkassen Forum
Tel. 03334/64341 · Führungen nach Voranmeldung

Nachruf

In tiefer Trauer nimmt der Kreisvorstand der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft e.V. Eberswalde Abschied von einem langjährigen Mitglied der Freundschaftsgesellschaft.

Ein langes Leben ist im August 2009 zu Ende gegangen. Im Alter von 81 Jahren hat uns

Isolde Pollack

für immer verlassen.

Mit ihr verlieren wir einen aufrichtigen Menschen, der sich für den Freundschaftsgedanken einsetzte.

Wir werden Ihr Andenken in Ehren halten.

WALDEMAR HICKEL, Vorsitzender

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – 9 Euro + 3 Euro Spende)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO – 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

2. Unterschrift Abonnent/in

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

telex: (0 18 05) 22 10 40 973

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/>

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: Bindig, Görner, Markmann (3), B. Sachse

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 35 39 18

redaktionsschluß: 22. August 2009

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 26.9.2009, 12 Uhr.